

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Dr. 22. Magdeburg, Mittwoch den 27. Januar 1909.

20. Jahrgang

Preussische Wahlrechtskrise.

Fürst Bülow ist am Ende seiner Künste angelangt. Die leitende Beamte des Reiches und des preussischen Staates ist nur noch ein Spielball, der von mannigfachen Strömungen hin und her geworfen wird. Kraftlos tritt die von ihm geleitete Regierung dahin und dorthin, in der Mangel an Gewicht hält sie an der Oberfläche. Schließlich wird sie irgendwo stranden und niemand, von ein paar ausgehaltenen Günstlingen der Presse abgesehen, wird ihr Untergang bedauern.

Wie hatte doch der Reichskanzler in den Wahlrechtskrise des vorigen Jahres im Reichstag den Arbeitern gedroht! Sch einst Buttkeamer hinter jedem Streik, sah damals Herr von Bülow hinter jeder Straßendemonstration die Hydra der Revolution und wie blank geschliffene Polizeihäbel fielen seine Worte auf die schuldigen Häupter der Demonstranten hernieder. Ein Verzicht der Einkümmung war es, der seinen Zweck verfehlt hat. Die Arbeiter haben am Sonntag und Montag wieder in der Königgräber Straße nächst dem Abgeordnetenhaus demonstriert, und wie am 16. und 12. Januar des vergangenen Jahres klang es auch diesmal wieder aus tausend Röhren: Heraus mit den Wahlrechten! Wieder mit Bülow!

Hat sich die Erde aufgetan, um die Rote Kotte zu verschlingen? Nichts dergleichen geschah. Die Beharrlichkeit der Demonstranten verhinderte jeden Zusammenstoß mit der Polizei, die — wie gern anerkannt werden soll — von ganz vereinzelt und ziemlich unbedeutenden Fällen abgesehen — sich auch ihrerseits jeder Provokation und Gewalttätigkeit enthielt. Der Ministerpräsident hat eingesehen, daß man Straßendemonstrationen, wenn sie nicht begriffen, daß es nach angeht, die Straßen teilweise wenige Tage vor dem 30. Geburtstag des Kaisers und dem Einzug des englischen Königs mit Bürgerblut zu färben. Auch die neuerlichen Drohungen mit einem neuen Sozialistengesetz haben, wie man sieht, die Berliner Arbeitererschaft vollkommen fähig gelassen, die Aktionskraft der sozialdemokratischen Partei ist durch keine Augenblicke gehemmt, sondern höchstens noch gesteigert worden.

Und so wenig Herr v. Bülow den Arbeitern imponiert, so wenig imponiert er auch ihrem Widerpart, den Junkern. In der Wahlrechtsdebatte, die das preussische Abgeordnetenhaus am Montag unter dreifacher polizeilicher Bedeckung bei überfüllten Tribünen und unter ungeheurer Spannung begann, hat der Redner der Konservativen, Freiherr von Richthofen, durch eine namens seiner Partei abgegebene Erklärung der Regierung das Ultimatum gestellt.

Während noch vor wenigen Tagen in der Staatsdebatte der Abg. v. Pappenheim aussprechen durfte, daß sich seine Partei an einer künftigen Wahlreformarbeit positiv beteiligen wolle, erklärte jetzt der Freiherr von Richthofen, daß an den Grundlagen des Dreiklassenwahlrechts nicht gerüttelt werden dürfe, und mit drohender Gebärde fügte er hinzu, einer Regierung gegenüber, die an den Grundlagen des Dreiklassenwahlrechts rüttle, würde seine Partei ihre Haltung in einschneidender Weise ändern.

Für die Regierung Bülow bedeutet diese konservative Erklärung einen Einhaltbefehl, durch welchen ihr bei Strafe ihrer sofortigen Absetzung verboten wird, auf dem Wege, den sie beschritten hat, weiter fortzuschreiten. Fürst Bülow hat eine Wahlreform versprochen, und die Thronrede hat die Reform des preussischen Wahlrechts für eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart erklärt. Es war kein Mensch so naiv, anzunehmen, daß damit eine Reform gemeint wäre, die sich innerhalb der Grundlagen des Dreiklassenwahlrechts vollziehen lasse; denn für eine solche Reform, die in der Hauptsache alles beim alten läßt, wäre der Ausdruck „wichtigste Aufgabe der Gegenwart“ eine bis zur Lächerlichkeit unwahrscheinliche Bezeichnung. Vielmehr war es allgemein bekannt, daß die Regierung, wenn auch mit unstillbarer Langsamkeit und ängstlicher Sorge, ihr Schiffslein nach der Richtung des national-liberalen Pluralwahlrechts steuert, bei dem sie für geraume Zeit einen gesicherten Hafen zum Schutze gegen alle Volksstürme zu finden glaubte. Die Regierung selbst rechnete darauf, daß sich ähnlich, wie in Sachen die Konservativen zur positiven Mitarbeit an der Neugestaltung des Landtagswahlrechts entschließen würden, schon aus der einfachen Ermägung heraus, daß es dann in ihrer Hand lag, das künftige Pluralwahlrecht nach ihren Wünschen und Interessen beliebig zu gestalten. Diese Rechnung der Regierung wäre zweifellos richtig gewesen, hätte sich nicht eine der wichtigsten

is ein höchst veränderlicher Faktor erwiesen, nämlich die Kraft und Autorität der Regierung. Die konservative Partei weiß sich jetzt einer autoritätslosen und schwankenden Regierung gegenüber, darum schlägt sie mit der Faust auf den Tisch zu den Ministern: „Ehe das Dreiklassenrecht stürzt, stürzt Herr!“

Die preussische Minister des Innern, Herr v. Nolcke, ist schon im voraus verständigt worden, und so war seinerseits imitande, noch geschwind „als freier Redner“ zu können, was er nach der Rede des Freiherrn Richthofen als Gesangener hätte sagen müssen. Geschickteres, glücklicheres, verlegeneres Versteck als die Ministererklärung ist noch selten produziert worden. Die endlose Vorarbeiten angekündigt, wie es die Arbeiter wollen, dann werden Andeutungen über die der künftigen Reform gemacht, die von den Liberalen als geheime Liebeserklärungen für das Wahlrecht aufgefaßt, aber, wenn es sein muß, auch umgekehrtem Sinn erklärt werden können. Es ist eine allgemeine Richtlinie der schwebenden „Reform“ gefordert und schließlich sogar eine „den einzubringende Vorlage“ versprochen, als Wort „demnach“ aber offenbar nicht die zeitliche, sondern nur die zeitliche Nachfolge der nach den „eine gewisse Zeit“ erfordernden Vorarbeiten ankündigt. Die Sprache dieser Erklärung der Regierung ist eine Sprache der Verleumdung, die vorzüglichst verfaulende Redeweise von Unwilligen und Schwächlingen.

Die Regierung ist schwach, aber die Junker fühlen sich desto stärker. In dem „gymnasialen“ Versteck wegen habe, falls er nicht dahingefügt werden dürfen sie eine gänzlich neue politische Linie, die für eine nahe Zukunft recht interessante Folgen verspricht. Entweder muß Bülow den ihm eigenen Gehdehandschuh aufnehmen und sich für Finanzreform und Wahlreform in Reichstag und Landtag eine neue Mehrheit gegen die Junker suchen, oder aber er muß sofort den Platz den er ohne Verlust seiner Menschenwürde nur erhalten kann.

Die Regierung, die vor der Rebellion der steuerberührenden Erben im Reichstag und der Dreiklassenfanatiker tag kapituliert, mühte — liebe sie im Amt — arzem durch eine Rebellion des Volksgemeins mit und Schande dahingefügt werden. Zur Reibung gefeilt sich jetzt der vollständige Zusammenbruch der Autorität im Kaiserstaat.

Das ist das erste und wichtigste Ergebnis der neuen Wahlrechtsdebatte! —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 26. Januar 1909.

Unlauteres Wettbewerbs.

Während im preussischen Abgeordnetenhaus über die Lebensfrage der deutschen Zukunft verhandelt wurde, unterhielt man sich im Reichstag über eine gleichgültige Nebenarbeit, die an dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vorgenommen werden soll. Selbstredend haben wir nichts dagegen einzumenden, daß man Schwindlern auf die Finger sieht. So man mit der „Kobelle“ mehr erreichen wird, als mit dem alten Gesetz, steht dahin. Die patentierten Mittelstandsrentier antisemitischer konservativer und ultramontaner Couleur sagen der Novelle nach, daß sie nicht weit genug geht. Die Freisinnigen sind anderer Meinung. Für sie sprach Dome gut und sachlich, während Müller (Meiningen) die Gelegenheit zu einem witzig sein fallenden Ausfall auf unsere Fraktion benutzte. Der Witz fiel aber ins Wasser, und nach einer längeren Kuratpauze mußte der Redner unter Verzicht auf den erhofften Beifall mit betrübter Miene zur Sachlichkeit zurückkehren. Den Standpunkt unserer Fraktion legte lautig, kurz und witzig Genosse Frank dar. Die Vorlage wanderte nach langem Hin- und Herreden an eine zgliedrige Kommission. Am Dienstag stehen die Damferjubbenitionen und Petitionen auf der Tagesordnung.

Während der nach Schluß der Dreiklassenhausung etwas voller gewordene Saal sich wieder leerte, traten die Freisinnigen zu einer Art Fraktionshäufung zusammen, wie man von der Tribüne aus beobachten konnte. Augenschein-

lich handelte es sich um die Kündigung des Bloßverhältnisses und den unlauteren Wettbewerb des Zentrums in Wockf. Es war interessant, die Mienen zu beobachten. Zum malte sich auf Mugdars, Bestürzung auf Wiemers, Schre auf Gedders, Besorgnis auf Raumanns Anlich. Daß Empfindungen aber sich zu einer Entschließung verbi hätten, ist nicht bekanntgeworden. —

Die Demonstration vor dem Parlament.

Ueber die Demonstration, die die Berliner Arbeiter am Montag vor dem Abgeordnetenhaus veranstalteten, entnehmen dem Berliner Parteiblatt folgende Einzelheiten:

Vor allem waren die politisch gereiften Frauen Arbeiterklasse frühzeitig auf dem Plan. Manche waren schon um 9 Uhr angetreten, um auch ja zur Stelle zu sein, es galt, die Gesetzgeber nach Gebühr zu begrüßen oder diesen jenen senkt zu mahnen, doch das Recht des Volkes nicht allzu mit Füßen zu treten und nicht zu vergessen, daß auch Frauen Preußens das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht fordern und nicht Ruhe geben werden bis sie es erreicht haben.

Sobald sah man in der Gegend des Abgeordnetenhauses auch des Herrenhauses Tausende von Leuten aus Arbeiterklasse, Männer und Frauen, alt und jung, meist in gereifteren Jahren, auf und ab spazieren. Auch in Prinz-Albrecht-Straße ging an beiden Seiten ein Strom von Menschen immer auf und ab oder bewegte sich von dort im Kreis durch die Wilhelmstraße, Leipziger Straße uim. In der Menge wimmelte es von Schulkleuten mit i Vorangehten. Alle Zugänge zum Abgeordnetenhaus waren doppelt und dreifach geschützt mit Schussmannsposten besetzt.

Die „Eingangsarten“ zur Tribüne des Hauses der Abgeordneten. Es wurde ihnen von Schulkleuten (1) gesagt, daß die Karten erst von 11 Uhr ab gäbe. Als sie nun um 11 Uhr wiederkamen, da hieß es, daß Tribünenkarten nicht mehr zu haben seien, und dies wurde auch gleich darauf durch Plakate an den Tafeln vor dem Hause betanntgemacht. Über selber Augenblick kam die Polizeimacht im Sturmstritt hergegriffen und rief, in zwei Angriffskolonnen geteilt, die Massen auf beiden Seiten die Straße hinunter, sparte auch nicht mit Büffeln und Stößen und verstand selbst die zahlreichen Frauen nicht Widerstand leistete die Menge selbstverständlich nicht, aber die dämteste nicht gerade den Eifer der Polizei, schien sie im Gegenteil anzufeuern.

In wenigen Minuten war die Prinz-Albrecht-Straße fast von den unheimlichen Spaziergängern und wurde nun an beiden Enden durch doppelte Schussmannsreihen streng bewacht. Rein wurde durchgelassen, der nicht zweifellos nachweisen konnte, daß er nicht zu den Wahlrechtsforderern gehörte. Gleichwohl erdient nach und nach wieder einzelne Personen in der Straße, die der Polizei verdächtig vorliefen. Man ließ sie eine Zeitlang ruhig auf und ab spazieren. Bald aber, gegen 12 Uhr, wurden auch vertrieben.

Unter den Spaziergängern fiel auch ein aus politischen Vergehen bekannt gewordener Richter auf, der augenscheinlich an Ort und Stelle von dem Verhalten der Demonstranten überzeugen wollte. —

Das Ringen um die Macht.

Den industriellen Schatzmachern ist es offenbar nicht angenehm, daß dem Fürsten Bülow momentan von verschiedenen Seiten, insbesondere von den Agrariern, scharf zu Leibe gegangen wird. Sie erblicken in Bülow den starken Mann, auf den man sich im Kampfe gegen die Sozialdemokratie verlassen könne. Seine verheißene Ankündigung eines neuen Annahmengesetzes hat ihm in diese Richtung nur neue Freunde geschaffen. Daraus erklärt sich wohl auch, daß das Organ der Schatzmacher die „Post“, sich ganz energisch für Bülow ins Zeug legte. Sie läßt sich von „wobininformierter“ Zeit schreiben, daß es kaum noch einem Zweifel unterliegen könne, daß es sich bei den Angriffen gegen den Reichskanzler um ein wohl vorbereitetes, planmäßiges Vorgehen handle. Hier sei kein Dilettant, sondern ein Meister der Intrige am Werke, der Reichskanzler zu stürzen, und an seine Stelle einen bestimmten — den Wünschen einer besondern Clique genügenden — Mann an die Spitze der Geschäfte zu bringen. Daß Hoffreue an diesem Treiben beteiligt seien, sei nicht anzunehmen. Den Konservativen wird dann in unbestimmten Worten Vaterlandsberrät borgeworfen. In dem Artikel findet sich nämlich folgender Satz: „Wenn sich deutsche Parlamentarier an dieser Geze beteiligen, so machen sie damit lediglich die Geschäfte des Auslandes. Das sollten sich die Herren von Oldenburg, Graf Dohno-Findenstein und von Treuenfels gelagert sein lassen.“

27. 2. 1909

Dann folgt die Behauptung, daß die politische Lage momentan überaus ernst sei, ernster als man denke, und daß man gerade in diesem Momente die geschickte Hand des Fürsten Bülow nicht entbehren könne. Dem Reichskanzler jetzt in den Rücken zu fallen, sei weder patriotisch noch konservativ. Der Artikel schließt dann damit, daß man die Geze gegen den Kaiser, die in Blättern zum Ausdruck gelange, scharf entgegneten müsse.

Daß die Hilfe der Großindustriellen, die dem Fürsten Bülow auch die Mittel zum Wahlkampf geliefert haben, ihn gegen die konservativen Angriffe schützen kann, ist nicht anzunehmen. In Preußen-Deutschland ist einstweilen noch der Wille der Junker Trumpf. —

Französische Sozialpolitik.

Wie man Sozialpolitik nicht macht, dafür ist der französische Senat eine wahre Fundgrube. Die Sitzung am letzten Freitag bot wieder ein rührendes Beispiel sozialpolitischer Gründlichkeit und Ausdauer — im Widerstand, wie sie wohl kaum der deutsche Bundesrat aufweisen kann.

Stand da ein kleines, ganz kleines Gesetz zur Diskussion, das gewisse gesetzliche Garantien schaffen soll, damit dem Arbeiter auch der vereinbarte Lohn gezahlt wird, und zwar in Voreigeld. Das Gesetz, d. h. das Projekt, wurde zum erstenmal von der Kammer angenommen am 5. November 1893 (in Worten achtzehnhundertneunundneunzig). Seit jener grauen Zeit ruht es abwechselnd in den Kationen der Kammer oder des Senats. Zuletzt hatte die Kammer es im Jahre 1898 (achtzehnhundertachtundneunzig) dem Senat zugesandt, der es schon im Jahre 1901, also nur 3 Jahre später, zur Plenarberatung brachte. Gile mit Weile, sagte sich der Senat. Man kann doch ein Gesetz, das volle sechs Paragraphen umfaßt, und also die ungeheuerlichsten Konsequenzen für die Sicherheit der kapitalistischen Gesellschaft enthalten kann, sechs Paragraphen, man denke, sechs Paragraphen! — man kann doch ein so umfangreiches Gesetz nicht im Handumdrehen machen, nachdem es erst 15 Jahre (die erste Kammerberatung eingerechnet) diskutiert wird. Beim vierten Paragraphen also, der den Unternehmern die Einziehung von Strafen unterlegen sollte, wurde man uneinig und schickte den Paragraphen an die zuständige Kommission zurück. Das war im Jahre 1901, also vor knapp acht Jahren, nicht einmal so lange wie das Mandat eines ehrenwerten Senators dauert.

Und nun faune, lieber Leser. In dieser kurzen Spanne Zeit war es der Kommission gelungen, den Paragraphen durchzubringen und dem Senat aufs neue zur Plenarberatung zu unterbreiten. Man kann angefaßt dieser Leistung wirklich sagen, daß die ehrenwerten Senatoren ihr künftiges Jahresgehalt von 15000 Franc reichlich verdienen. Was aber das hauptsächliche an dieser Leistung ist, das ist das Resultat der Kommissionsberatung. Trotz der kurzen Spanne Zeit hat die Kommission einen solchen, sonst Jahraufende in Anspruch genommen, Gesetzesentwurf vollzogen, daß sie zu dem Zeitpunkt vom Plenum 3 Jahre vorher geleist werden war, das aber im Gegensatz zum Kammerbeschlusse stand. In nur 6 Jahren.

Am Freitag stand der ominöse Paragraph, und mit ihm das ganze Gesetz, wieder zur Diskussion. Und siehe da: der Senat — trotz der neuen „radikalen“ Mehrheit — war noch ganz der Ansicht von vor 8 Jahren, nämlich den Unternehmern zu erlauben, den Arbeitern Strafen vom Lohn abzusetzen. Der Senat war darob so gerührt, daß er den Paragraphen aufs neue der Kommission zurückschickte, die vielleicht in nur 10 Jahren derselben Meinung sein wird. Der einzige Unterschied war, daß am Freitag ein sozialistischer Minister, ja wohl, ein sozialistischer Minister, Herr René Viviani, eine schöne Rede, sozusagen eine sozialpolitische Oratorie hielt. Vor 17 Jahren, als das Gesetzprojekt zum erstenmal im Senat verhandelt, waren noch ganz Exzeptionelle, ein Constant, ein Duruy und wie diese Schikantzen alle heißen mochten, an der Regierung. Heute aber haben die Franzosen „Sozialisten“ zu Ministern, einen Clemenceau zum Ministerpräsidenten und eine radikale Senatsmehrheit. Ein solcher Umsturz hat sich in den 17 Jahren vollzogen! Wie mag es erst nach weiteren 17 Jahren aussehen, wenn der § 4 wieder abgelehnt werden wird?

Deutschland.

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Reetz ist Sonntag früh im Alter von 84 Jahren verstorben. Er hatte schon vorwiegend krank gelegen. Der Wahlkreis Stade gehörte früher zum nördlichen Reich der nationalliberalen Partei. Er war lange Zeit von demjenigen und später von Senator bis zu dessen Tode vertreten. Jetzt ist die Sozialdemokratie den Nationalliberalen dank auf den Reichstag und auch der Bund der Landwirte macht große Fortschritte. Der Wahlkreis hat heute nur noch zwei Abgeordnete. Der letzte Wahl erhielt Reetz 1901, Gertrude Reetz 6442, der Senator 4591 und der Reichstag 1471. In der Stichwahl gegen Reetz mit 11985 gegen 5561 sozialdemokratische Stimmen.

Ein Bergarbeiter-Roberte ist im französischen Handelsministerium beschäftigt und bereits dem Staatsministerium zugeordnet. Es wird mit der Möglichkeit gerechnet, diese Roberte dem Landtag im nächsten Monat zugehen zu lassen.

Zur Reichstagswahl in Berlin haben die Freiwähler den Justizrat Kassin (Berlin), den Schwurgerichtspräsidenten des Reichsgerichts Dräger, ausgewählt.

Satz und in Ruhe. In der Montagmorgen der zweiten Kammer des Reichstags wurde ein Antrag der freiwähligen Abgeordneten Göttinger, För und Koch auf einjährige Einberufung des Landtags verhandelt. Nach längerer Debatte wurde der Antrag gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt. Die Herren Göttinger, För, nachdem sie das Ziel erreicht hatten, haben.

Rechtskonservativen und Polizei. Ein Antrag der in Dresden am Reichstagswahltag Verhafteten oder wieder Entlassenen nicht politische Straftäter in Höhe von 3 bis 14 Tagen gegen die Straftäter werden angefaßt: Verhaftung an einem nicht politischen Tag, Straftäter Strafen und großer Betrag; bei einigen auch: Strafen bei der Durchsicht des Königs.

Aus der Parteibewegung.

Quittung. Im Monat Dezember gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein: Groß-Berlin a Konto seiner acht Wahlkreise 20 000.—, Berlin, diverse Beiträge 9344.—, Weitz, von den blauen Brüdern im Sanatorium 15.—, Desgleichen 30 30.—, Bern 50.—, Chemnitz J. E. 1.—, Dresden-Land a Konto der Beiträge des 6. sächsischen Wahlkreises 2000.—, Diez-Limburg-Weilburg, Sozialdemokratischer Kreiswahlverein 10.—, Eichwege, 4.—, Eisenach, Beitrag des 2. weimarer Wahlkreises f. d. I. Halbjahr 1908/09 120.—, Falkenberg (Oberer Saale) 3.—, Gera, Sozialdemokratischer Verein für Kreis u. I. Halbjahrbeitrag 800.—, Schweitzer i. E. 4. Quart. 07 19 36.—, Desgl. I. Halbjahr 1908 12 05.—, Desgl. 3. Quart. 08 15 92.—, Götting-Landau, Wahlkreisbeitrag f. 4. Quart. 08 231 85.—, Hamburg, 3. Wahlkreis a Konto der Beiträge für 1908/09 15 000.—, Hamburg, in der Expedition des „Samb. Echo“ eingegangen 167 43.—, Köln a. Rh., Reg.-Bl. 20.—, Kiel, 7. Jahres-Holst. Wahlkreis a Konto der Beiträge für 3. Quartal 08 1000.—, Leipzig, a Konto der Beiträge des 12. sächsischen Wahlkreises für 1908/09 500.—, Ludenwalde, Wahlkreisbeitrag für 3. Quartal 08 110 22.—, Leipzig-Land, a Konto der Beiträge des 13. sächsischen Wahlkreises für 1908/09 6000.—, Magdeburg, Sozialdemokratischer Verein 4. Quartal 08 1000.—, Desgleichen Extrabeitrag 1000.—, Mährisch G. 25.—, Mühlhausen i. E., Sozialdemokratischer Kreisverein für 4. Quartal 1908 78 36.—, München G. M. 3.—, Neustadt (Holstein), Wahlkreisbeitrag für 2. und 3. Quartal 1908 91 26.—, Nürnberg, Gau Nordbayern, Beiträge für 3. Quartal 1908 Summa 2325 36.—, Osnabrück, Wahlkreis Bismarck-Neuhaldensleben, 1. Quartal 1908/09 120.—, Rixdorf, Jäger 17. 11. 9.—, Rappoltsweiler-Waßloch, 3. Quartal 08 8.—, Stuttgart, G. U. 10.—, Sirehen i. Schl., Beitrag des Wahlkreises für das 4. Quartal 08. Summa 755 18.—, Schwemlingen, 9. württemb. Wahlkreis, 3. Quartal 08 121 16.—, Spandau, D. 1 3.—, T. P. 3. 6334 70.—, Jucht, „Julianer“ 6.—, Zinsen aus dem Margismus 6593 45.—, In Summa: 65 543 94.

Für „Raddob“ gingen ein von der 5. Damenabteilung der Berliner Turnerschaft 15.—, die wünschgemäß dem Bergarbeiterverband in Bochum zugestellt wurden, zur Aufnahme in die Sammlung für die Hinterbliebenen der auf der Zeche Raddob verunglückten Bergleute. Berlin, den 16. Januar 1909.

Für den Parteivorstand: A. Gerich, Lindenstraße 69.

Jules Guesde, der Begründer der sozialistischen Partei Frankreichs, der sich seines hart erarbeiteten Gesundheitszustandes wegen auf ein Jahr vom politischen Leben hatte zurückziehen müssen, ist wieder auf seinen Kampfbahnen zurückgekehrt. Am Freitag hat er wieder der ersten Sitzung der sozialdemokratischen Kammergruppe beigewohnt, der er präsierte. Er ist leidlich, aber nicht völlig hergestellt. Genosse Guesde ist 63 Jahre alt.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Wahregung von Grubenbeamten. Auf der Gische-Grube in Obersachsen wurde ein Grubenbeamter gefaßt, weil sie in einem Schreiben Protest erhoben hatten dagegen, daß ein Steiger wegen seiner Zugehörigkeit zum Bunde der technisch-industriellen Beamten entlassen worden war.

Verloren Streik. Der Streik bei der Firma Kallinich, Färberei und Wäberei in Dresden, ist verloren gegangen, weil sich zu viele Streikbrecher gefunden haben.

Unternehmer-Praktiken. Auf dem Eisenwerk Wesserschütte in Deynhausen legen die organisierten Maurer die Arbeit nieder, weil sie statt 40 nur 35 Bfg. Stundenlohn erhielten. Das Eisenwerk läßt die umfangreichen Umbauten in eigener Regie herstellen. Ueber das Werk ist die Sperre verhängt.

Die Krise. Nach dem Bericht des Statistischen Amtes der Stadt Berlin währte die Arbeitslosigkeit im Jahre 1908 im Durchschnitt 244 pro 100 offene Stellen auf 312. Die Zahl der bei dem Arbeitsnachweis vermittelten Stellen sank von 36 pro Hundert auf 29. Die Zahl der beschäftigten weiblichen Arbeitskräfte ist jedoch höher als zur selben Zeit der beiden Vorjahre.

Die Schweißmaschinenarbeiter in Paris haben, nachdem sie den Ausstand beschlossen haben, am Montag abend 3 Uhr überall ihre Arbeit eingestellt. Die Zeitungen werden von Gelegenheitsarbeitern gesetzt und sind heute früh noch im üblichen Format erschienen. (?)

Ein Todesurteil. Das höchste schwedische Gericht hat in Sachen des Nomenanhlags, der am 12. Juli 1905 gegen arbeitswillige englische Arbeiter auf dem als Logischschiff verwendeten Dampfer „Ankara“ in Malmö verurteilt wurde, das Urteil gefällt. Das vom Kaiserhofgericht gegen Nilsen verhängte Todesurteil und die gegen Stern verhängte lebenslängliche Zuchthausstrafe wurden bestätigt; das Todesurteil gegen Rosberg wurde in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 26. Januar 1909.

Die Parade des Glends.

Eine Versammlung von Arbeitslosen! Tausende von Menschen in einem nur spärlich erleuchteten Saale, von denen man fast nichts weiter sieht als die nach der Bühne hingewandten kummervollen Gesichter, jagen wohl selbst den Gleichgültigsten zum Nachdenken. Wer kann sich das Glend ausmalen, das in all den Familien herrschen muß, deren Ernährer sich tage, wochen, monatelang verzwecklich nach Arbeit umsehen.

Dem Drängen vieler Arbeitslosen nachgebend und mit Rücksicht auf die geringen Zugeständnisse, die die Magdeburger Stadtverordnetenversammlung im Bunde mit dem Magistrat den bekannten Anträgen des Gewerkschaftsrates entgegengebracht hatte, war von diesem zum Dienstag vormittag eine Versammlung der Arbeitslosen nach dem „Cassanerk“ einberufen worden. Lange vor der festgesetzten Zeit hatten sich der Saal, die Galerie und die Redenräume von Arbeitslosen dicht gefüllt. Man war auch nicht zu berufen und zu werden, so ließen sie es sich nicht nehmen bei der herrschenden Kälte in dem gut beleuchteten Saale wohl sein, so gut es ging. Nur ganz verstreut lag hier und da ein — wohl meist ledige — ein Glas Bier oder ähnliches drinnen. Sont hatten die Kellerer nichts zu tun. Um 10 1/2 Uhr wurde die Versammlung des Reichstags durch Genossen in Deutschland eröffnet, der den Vorsitz machte, am Schluß der Versammlung eine Kommission von fünf Personen zu wählen, die beim Oberbürgermeister vorstellig werden und später Bericht über die Unterredung erlangen sollte. Hierauf erhielt der Arbeitervereinsrat Genosse Köstlinger das Wort zu dem Thema „Der gegenwärtige Stand der Arbeitslosigkeit, und wie verhalten sich die städtischen Körperlichkeiten zu der durch die große Arbeitslosigkeit bedingten Notlage zahlreicher Einwohner?“ Unter der größten Aufmerksamkeit der Versammlung wies er an der Hand eines reichhaltigen Materials nach, wie außerordentlich die jetzt herrschende Arbeitslosigkeit zur Verschärfung der an sich schon verheerenden Notlage beigetragen habe. Das reichhaltige Amt habe festgestellt, daß auf 120 000 offene Stellen 273 000 Stellenangebote zu verzeichnen seien. Nach Hinweis darauf, was die Gewerkschaften im allgemeinen und die Magdeburger im besonderen für die Arbeitslosen bereits geleistet haben und noch leisten werden, ging Redner dazu über, das Verhalten der städtischen Körperlichkeiten in dieser Frage zu kritisieren. Von der ausgesetzten 387 000 Mark für Notstandsarbeiten hat nach Abzug des Unternehmergewinn und der Untkosten

für Fuhrwerk, Material usw. nur ein geringer Betrag in die Hände der Arbeitslosen. Bähig unzureichend sei die Zahl der von der Stadt bisher beschafften Arbeitslosen. Von Wärmehallen sei auch noch nichts zu bemerken damit wolle man wahrscheinlich bis zum Sommer warten. Keinesfalls könne man die Summe von 1200 Mark, die zur Speisung armer Schulkinder ausgeworfen sei, als ausreichend bezeichnen. Da auch die Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung einfach abgelehnt worden sei, bleibe schließlich nichts weiter übrig als die Selbsthilfe und die Berufe in der Zugehörigkeit zu der Sozialdemokratie. (Brav. Beif.)

In zweckmäßiger Weise konnte der Stadt. Genosse Brandes die Ausführungen des ersten Redners ergänzen und das Verhalten der städtischen Stadtverordneten, denen das Gefühl für das Glend der Arbeitslosigkeit vollständig fehle, mit der nötigen Schärfe geißeln. Redner erhofft ebenfalls von den Anwesenden, daß sie alles aufbieten, um die bestehende Wirtschaftsordnung durch eine bessere und gerechtere im Sinne des Sozialismus zu ersetzen.

Nach kurzer Diskussion wurden folgende Genossen in die vorgeschlagene Kommission gewählt: Wilhelm Koch, Paul Gensch, Adolf Krüger, August Fischer und für das Vermittlungsbureau Genosse Kundt. Diese Kommission soll am kommenden Montag vormittag in einer zweiten Versammlung von Arbeitslosen Bericht über ihre Unterredung mit dem Oberbürgermeister erhalten.

Nachstehende Resolution gelangte nunmehr einstimmig zur Annahme:

Die am 26. Januar 1909 im Saale des „Luisenparks“ versammelten circa 2300 Arbeitslosen protestieren lebhaft gegen die Beschlüsse des Magistrats und der Mehrheit der Stadtverordneten betriebs der Eingabe des Gewerkschaftsrates die Fürsorge für Arbeitslose betreffend.

Die Summe von 387 000 Mark für Notstandsarbeiten scheint eine hohe zu sein; es sind in dieser Summe aber alle Ausgaben für Materiallieferungen, Fuhrkosten usw. enthalten, ebenso die Unternehmergewinne, so daß an eigentlichen Arbeitslöhnen verhältnismäßig wenig übrigbleibt. Die Arbeiten werden außerdem viel zu langsam betrieben; ist doch eine Reihe dieser Notstandsarbeiten erst vor kurzer Zeit in Angriff genommen worden. Außerdem werden an denselben nur wenige Arbeiter beschäftigt. Die Fortführung städtischer Arbeiten, wie z. B. des Neubaus der Kunst- und Gewerbeschule, der Arbeiten an den Torpassagen usw., wird mit lächerlich wenigen Arbeitskräften vollzogen, am Industriehafen ist außerdem eine größere Zahl von Ausländern beschäftigt. Die letzteren Arbeiten können außerdem als Notstandsarbeiten nicht bezeichnet werden. Wenn von weit über 3000 Arbeitslosen etwa 150 beschäftigt werden, so zeigt schon dieses die Mangelhaftigkeit der mit so großen Worten in Szene gesetzten Fürsorge für Arbeitslose durch Beschaffung von Notstandsarbeiten.

Die Arbeitslosen verlangen, daß Magistrat und Stadtverordnete in weit größerem Maße für Beschäftigung Arbeitsloser sorgen. Die nur empfohlene Einrichtung von Wärmehallen kann nicht als Entgegenkommen bezeichnet werden, denn diese Wärmehallen müssen längst errichtet sein; sollten sie für den Sommer beschafft werden, dann sind sie natürlich unnützig. Hoffentlich werden sie mindestens bis zum nächsten Winter fertig werden. Die Summe von 1200 Mark, auch wenn sie etwas überschritten werden sollte, zum Zwecke der Speisung von Schulkindern, ist viel zu gering. Hunderte von Kindern entbehren täglicher warmer Speisung. Sollte hierin eine wirksame Hilfe geboten werden, dann müßten weit größere Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Arbeitslosen können auch in diesen Einrichtungen, wie sie zurzeit beschaffen sind, eine tatsächlich wirksame Hilfe nicht erblicken.

Voller Entrüstung tadelt die Versammlung, daß die städtischen Körperlichkeiten jedwedes Entgegenkommen vernachlässigen betriebs der Einrichtung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung. Daß selbst die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung dieser Angelegenheit verweigert wurde, bezeichnet so recht die soziale Rücksichtslosigkeit der Mehrheit der Vertreter in den städtischen Körperlichkeiten.

Die Arbeitslosen erkennen, daß sie von Staat und Kommune keine wirksame Hilfe zur Vinderung der Not erwarten können, sie müssen sich selbst mit einem wirksamen Mittel zur Vinderung der herrschenden Zustände erblicken können.

Mit der dringenden Aufforderung, einzeln und ruhig nach Hause zu gehen und den draußen stehenden Schutzleuten keinen Grund zum Einschreiten zu geben, wurde die Versammlung um 12 Uhr geschlossen.

Nach der Versammlung.

Kaum waren die ersten Versammlungsteilnehmer auf der Spielgartenstraße erschienen, da wurde es — ganz überflüssigerweise bei den ausgestellten Schutzmannsposten lebendig. Ein Schutzmannsdaschfahrer bestieg sofort sein Stahlrohr, um dem an der Ulrichstraße mit dem Polizei-Inspektor Zill wartenden Polizeipräsidenten den Schluß der Versammlung und den Ausruf der Arbeitslosen anzuzeigen. Zum Ru wurden von dieser Stelle aus Ordrounungen abgeschickt, die die im „Hofflager“ und in der Artilleriekaserne untergebrachten Schutzmannsdetachements im Aufschritt herbeizohlen. Wieder wie am Sonntag wurde ein starker Schutzmannsfordon gezogen, durch den die harnlosen Arbeitslosen in kleinen Trupps durchgelassen wurden. Um etwelche Ansammlungen in der Wilhelmstraße zu verhindern, waren auch hier in kleinen Intervallen Schutzleute postiert. Dank der Disziplin der Versammlungsbesucher kam es zu irgendwelchen Zwischenfällen nicht. Wie uns noch nachträglich mitgeteilt wird, soll sich auch ein starker Schutzmannsfordon auf dem Alten Markt befunden haben, um das Rathaus oder — die städtische Sparkasse — wer kann es wissen, — zu bewachen.

Ein „Sachverständiger“.

Zur Frage der Arbeitslosenversicherung veröffentlicht die „Magdeburgerische Zeitung“ in ihrer Sonntagsnummer folgenden von Sachkenntnis wirklich nicht getriebenen Artikel:

In der letzten Sitzung der Stadtverordneten in Magdeburg ist eine Eingabe an Reichsregierung und Reichstag beschloffen worden, nach der bei der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherung die staatliche Arbeitslosenversicherung zur Einführung gelangen soll. So gleiten wir ahnungslos immer weiter in den sozialistischen Zukunftsstaat hinüber. „Sie wissen nicht, was sie tun“ — ja wohl, aber man muß nicht anfragen: „Derr, vergib ihnen“, denn sie sollten wissen, was sie tun. Wenn Professoren, Statistiker, Handelskammerbeamte, Stadträte usw. aus rein wissenschaftlichen Erwägungen ihre Sozialtheorien aufstellen, dann brauchen das noch lange nicht Forderungen einer gesunden Sozialpolitik zu sein. Wir aber erheben in Ehrfurcht vor der Nähe des Gedankens und gehen mit Eifer daran, diese durch seine Kenntnis der Praxis korrigierten Ideen in die Wirklichkeit umzusetzen.

Das Gewerkschaftsstarke natürlich ist unentbehrlich bei solchen Beschüssen; es steht mit stillem menschlichstem Nachdenken dabei und spant die Bourgeois, die jeder romantischen Idee zugänglich sind, vor seinen Wagen. Die Gewerkschaften wachsen immer mehr zu Großmächten in unserm Wirtschaftsleben heran. In einzelnen Gewerben sind sie heute schon fast die Herren der Lage. Nach der „Sozialen Praxis“ hat z. B. der Buchdruckerverband ein Vermögen von 3 Millionen Mark. Außer durch Streiks sind Zeiten der Arbeitslosigkeit die einzigen Momente, in denen einmal solch immer bedrohlicher anwachsender Kriegsfonds etwas geschwächt wird. Die ganz allgemeine Forderung einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit bedeutet also nur eine ganz einseitige Parteiannahme für die organisierte Arbeiterchaft gegen die Arbeitgeber. (!! Red. d. B.).

Deutscher Reichstag.

193. Sitzung.

Berlin, 25. Januar, nachm. 1 Uhr.

Vizepräsident v. Bethmann-Hollweg.
Vizepräsident Dr. Kaasche teilt das Ableben des Abgeordneten Heese (nall.) mit. Das Haus ehrt sein Andenken.
Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Gesetzesentwurfs gegen den

unlauteren Wettbewerb.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Das Gesetz vom 17. Mai 1896 hat nicht alle Hoffnungen der berechtigten Kreise erfüllt. Der Entwurf bringt in erster Linie Vorschriften über das Ausverkaufswesen, das bei der Kritik des alten Gesetzes im Mittelpunkt der Erörterung gestanden hat. Es steht davon ab, die Frage der Bestrafung von Angelegten und einiges andere zu regeln. Denn wir glauben, daß die Anwendung der allgemeinen Bestimmungen genügen wird, um die vorhandenen Mißstände zu beseitigen. (Bravo! rechts u. b. d. Natl.)

Abg. Giese (konj.): Wir begrüßen den Entwurf und hoffen, daß er geeignet sein wird, dem Mißstand in seinem Konkurrenzkampf zu helfen. Zur Klärung einer Reihe von Fragen beantragen wir die Verweisung an eine Kommission. (Bravo! rechts.)

Abg. Roeren (Ztr.): Wir sind damit einverstanden, daß die Vorlage keine Ergänzung, sondern ein einheitliches neues Gesetz ist. Es wird aber gut sein, einige weitere Bestimmungen in den Entwurf hineinzubringen. Auch wir beantragen Kommissionsverweisung.

Abg. Fintel (nall.): Die Vorlage wird die größten Mißstände beseitigen und eine Gesundung der Verhältnisse herbeiführen. Wir sind bereit, mitzuarbeiten, um eine geeignete Fassung herbeizuführen.

Abg. Dr. Frank (Soz.): Die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs beschränkt sich bei uns im allgemeinen nur auf seine „ärgerniserregenden“ Formen. Wenn zum Beispiel die Herren von der Börse Papiere künstlich in die Höhe treiben, so nennt man das nicht unlauteren Wettbewerb, sondern man spricht von einer Finanzoperation. (Seiterteil u. Sehr richtig! b. d. Soz.) Als im Jahre 1906 beim Landgericht in Berlin eine Klage gegen einen höheren Staatsbeamten eingereicht wurde, der, wohl auf Betreiben seiner Frau, einem Dienstmädchen seiner Nachbarschaft einen höheren Lohn angeboten hatte, da wurde die Klage abgewiesen. Dieses allerdings selbstverständliche Urteil wurde nicht von allen Seiten gebilligt. In einem oberbischöflichen Platte war zu lesen, es verstoße gegen die guten Sitten (Seiterteil), einem Dienstmädchen einen höheren Lohn zu geben. Sogar die Bibel wurde zitiert: Du sollst nicht begehren deines Nächsten Ansehen oder Magd. (Große Seiterteil.) Den Löhnen und den Ekel hatte der Artikelshreiber allerdings weggelassen, aber immerhin ist der Artikel ein Beweis dafür, wie in manchen Köpfen sich das Dienstverhältnis malt und daß man dabei noch an die Sklaverei zustände der alten Zeit denkt. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Zur Durchführung der im Entwurf vorgeschlagenen Änderungen sind nun verschärfte Strafen vorgesehen. Weshalb, weiß ich nicht, denn bisher hat sich die Praxis innerhalb mäßiger Strafen bewegt. Immerhin haben wir nichts dagegen einzuwenden, wenn zu erst die Strafen heraufgesetzt werden. Nur sollte dieser Grundbesatz auch in der Arbeitergesetzgebung Anwendung finden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Bei der Beratung des Entwurfs in einer Kommission von 21 Mitgliedern sind wir einverstanden. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Ling (Sp.) ist mit dem Entwurf im allgemeinen einverstanden.

Abg. Dove (Frei. Vg.) ist mit Kommissionsberatung gleichfalls einverstanden. Am unheimlichsten an dem Entwurf ist uns die Ausdehnung der Polizeibefugnisse. (Sehr richtig! links.) Ein Hotelbesitzer hat mir einmal gesagt: Wenn ich den

Polizeioffizier eine Sektrechnung schicke, dann brennt morgen Abend meine Laterne nicht richtig oder ist sonst was nicht in Ordnung. (Seiterteil.)

Abg. Dr. Müller (Meiningen, Frei. Vp.): Mit Respekt wird allerdings bei uns viel Anflug getrieben. Neuerdings ist ein Bureau zur Vertiefung des Familienlebens gegründet worden. Es steht aber mit den Parteien, die die Nachlasssteuer bekämpfen, in keinem Zusammenhang. (Seiterteil.) Als unlauteren Wettbewerb betrachte ich u. a. auch die Herunterreißung eines zuverlässigen Kommentars, namentlich wenn dabei politische Konkurrenz oder politische Verzögerung mitspielt. (Redner macht eine Auntpause. Der „Wit“ ist aber bei der allgemeinen Unachtsamkeit des Hauses nicht verstanden worden, und das erwartete Postgelächter bleibt aus.) Wir sind gern dabei, den deutschen Mittelstand zu schützen. (Beif. b. d. Frei.)

Abg. Sir (Ztr.) wünscht schärferes Vorgehen gegen das Auktionswesen und schlägt verschiedene Verschärfungen vor.

Abg. Carstens (Frei. Vp.) erwartet von dem Geschmied und der Selbsthilfe des Publikums mehr als von den schönsten Paragrafen.

Abg. Werner (Antij.) bezeichnet den Entwurf als nicht weit genug gehend. Den Warenhäusern muß das Anpreisen von Vorartikeln verboten werden. Weg mit den Ausverkäufen! (Lebh. Bravo! b. d. Abg. Raab.)

Die Vorlage geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Dampfersubvention, Petitionen.)

Schluß 6 Uhr. —

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung.

Berlin, 25. Januar.

Präsident von Strödel rügt vor Eintritt in die Tagesordnung die Zwischenrufe, die namentlich bei der Rede des Abgeordneten Nischel vom Abg. Hoffmann (Soz.) gemacht wurden.

Es folgt die Beratung der Anträge Kronsohn u. Gen. (Frei. Vp. u. Vg.) und Dr. Szuman (Volk) auf

Einführung des Reichstagswahlrechts

und Aenderung der Wahlkreiseinteilung.

Minister des Innern v. Moltke

gibt eine längere Erklärung namens der Regierung ab, die wir in ihrem wesentlichen Inhalt bereits getrennt telegraphisch wiedergegeben haben. Sie lautet darauf hinaus, daß die Regierung Vorarbeiten patriotischer Art eingeleitet habe und sich jetzt nicht an der Beratung beteiligen könne.

Abg. Träger (Frei. Vp.):

Ich will es anerkennen, daß entgegen früherem Gesagtem die Initiative ergriffen hat. Er hat uns freilich nichts gesagt, was wir nicht schon wußten. (Sehr richtig! links.) In der organischen Fortentwicklung des jetzigen Wahlrechts sieht der Herr Ministerpräsident eine der wichtigsten Aufgaben. Wir halten die Wahlrechtsreform für ebenso wichtig wie die Finanzreform im Reich. Bei den letzten Wahlen haben sich die alten Verhältnisse des Dreiklassenwahlrechts nur noch in verschärfter Form gezeigt. (Sehr wahr! links.) Die weiteren Ausführungen, in denen der Redner für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eintritt, bleiben im einzelnen auf der Tribüne unverstanden.

Inzwischen ist folgender Antrag Gobrecht (nall.) und Genossen eingegangen:

Das Haus der Abgeordneten wolle für den Fall der Lehnung des Antrags Kronsohn beschließen, die Regierung ersuchen, mit künftiger Beschleunigung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den

1. das Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus in einer Abgrenzung wird, die der Bedeutung der Einzelpersonlichkeit und der kulturellen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung unrespekt gerecht wird,
2. in dieses Wahlrecht die geheime Stimmgabe eingefügt,
3. das indirekte durch das direkte Wahlverfahren ersetzt,
4. eine Veränderung der Landtagswahlkreise insoweit vorgenommen wird, als durch Umwälzung wirtschaftlichen und Bevölkerungsverhältnisse eine wesentliche Verschiebung der für die bisherige Einteilung Wahlkreise maßgebenden Grundlagen eingetreten ist.

Den Antrag der Polen begrüßend

Abg. Switala (Volk):

Die Erklärung des Herrn Ministers v. Moltke war für ganz gleichbedeutend mit der früheren Erklärung des Ministerpräsidenten vom 10. Januar vorigen Jahres. Diese Erklärung bedeutet eine absichtliche Umgehung des Versprechens der Thronrede. Das Dreiklassenwahlrecht steht mit den Prinzipien der Gerechtigkeit nicht in Einklang, dieses Prinzip verbietet die Bevorzugung einer Klasse der Bevölkerung auf Kosten der Masse des Volkes. Wir müssen geheime Wahlrecht schon deshalb fordern, weil wir in ihm Schutz gegen völlige Entrechtung sehen. (Bravo! b. d. Volk.)

Abg. Herold (Ztr.):

Der Herr Minister des Innern hat uns die wichtige Mitteilung gemacht, daß in der Wahlrechtsfrage statische Erhebungen veranlaßt werden. (Seiterteil. links.) Vor einem Jahre hat Herr Reichstagskanzler zwar auch keine positiven Angaben, aber wenigstens einige negative Bemerkungen gemacht, daß das Reichstagswahlrecht in Preußen nicht eingeführt werden würde, daß aber auch nicht einmal das geheime Wahlrecht zur Einführung gelangen werde. (Hört, hört! links.) Der damalige Minister des Innern, v. Bethmann-Hollweg, hat eine sehr geistreiche Rede gehalten, aber darüber, wie das Wahlrecht gestaltet werden sollte, hat er nichts gesagt. (Seiterteil.) Wir werfen mit aller Entschiedenheit das Dreiklassenwahlrecht ab, das im Laufe der Zeit zu einer reinen Skatularität geworden ist. Zum mindesten verlangen wir das geheime Wahlrecht. (Bravo! i. Ztr.) Was die Wahlkreiseinteilung anbelangt, muß die Entwicklung der Bevölkerung allerdings einen gewissen Einfluß auf sie haben, aber die Bevölkerungszahl kann nicht ausschlaggebend sein, um die Wahlkreiseinteilung zu vollziehen. Das wäre eine große Bevorzugung Großstädte und eine Benachteiligung der ländlichen Kreise. (Sehr richtig! i. Ztr.) Daher werden wir gegen den zweiten der Anträge stimmen. Dem nationalliberalen Antrag können wir nicht zustimmen, da er in seinem ersten Teil viel zu allgemein gehalten ist. Früher hat uns die Linke vorgeschlagen, hätten unsern Einfluß in der Frage des Wahlrechts nicht ortschaud. Heute haben Sie (zu der Linken) die Macht, gebrauchen Sie sie zur Durchföhrung des von Ihnen gewünschten Wahlrechts. (Lebh. Beif. i. Ztr.)

Abg. v. Nichtshofen (konj.):

Wir halten an der bewährten Grundlage des preussischen Wahlrechts fest, wie schon vor einem Jahre Herr Maltwitz er hat. Ich halte es aber doch für notwendig, etwas ausführlicher auf die Sache einzugehen, erstens, weil inzwischen Neuwohngemeinden sind, und zweitens, weil wir den Eindruck nicht un-

Geulleron.

Nachdruck verboten.

Sonnemanns.

Roman von Heinz Tobota.

(7. Fortsetzung.)

War er es nicht gewesen, der sie dahin gebracht hatte? — Ihm hatte sie die Stellung zu danken und mußte ihm das schon dadurch beweisen, daß sie sich seine plumpen Zärtlichkeiten gefallen ließ. Das tat sie nicht mehr ungern. Sie fand immer mehr Geschmack an ihm und seiner Werbung, und allabendlich ging sie mit sich zu Rate, ob sie ihm ihr Geheimnis anvertrauen sollte, daß sie über vierhundert Mark ihr eigen nannte.

Aber sie ließ es. Ihr Geld mochte sie nicht preisgeben, und wenn er sie heiraten wollte, mußte er es schon ohnedem tun, damit sie die Summe für sich als Notgroschen behielt. Das war jedenfalls sicherer.

Er hatte sie jetzt gefragt, ob sie seine Frau werden möchte.

„Warum nicht?“ antwortete sie, „wenn Sie eine Frau ernähren können. Ich habe es aber hier jetzt so gut, daß ich nicht weiß, ob ich es je besser haben kann.“

„Sag doch nicht immer Sie zu mir, so sag doch Du.“

„Wenn wir verheiratet sind, werde ich Du sagen.“

„Aee, jezi.“

„Na gut, denn wenn Du Dich mit mir richtig verlobst, aber es muß in die Zeitung stehen, sonst hat es keine Gültigkeit.“

„Machen wir, Minna! Als Verlobte empfehlen sich Minna — ja, wie heißt Du denn eigentlich?“

„Grummach.“

„Also: Minna Grummach und Emil Sonnemann. Dein, was?“

„Ja, es sieht ganz gut aus. Aber vorläufig hat das noch Weile.“

„Na, det kann mit einem Male kommen.“

Und es kam auch mit einem Male.

Der Milkkrieg brach aus. Schon lange gürte es unter den märkischen Gutbesitzern. Sie wollten den Verlust machen, den Zwischenhandel nach Möglichkeit auszuschalten und beschloßen, mit Hilfe der Bauern eigene Molkereien zu gründen, um bei ihren Abnehmern bessere Preise heraus-

zuwzulegen. Im Publikum, das fühlte, daß die Konsumenten diesen Aufschlag tragen mußten, machte sich frühzeitig eine energische Gegenströmung bemerkbar, und bald waren alle in zwei Heerlager für und wider die Milkverkäufler geteilt.

Da die Händler diesen Ring zu bonfottieren beabsichtigten, wurde von der Zentrale der Beschluß gefaßt, die Milkverkäufelung in eigene Hand zu nehmen, und über die ganze Stadt sollte ein Netz von Läden gewannt werden, in denen Milk zu den alten Preisen, aber angeblich besserer Art, verkauft werden sollte.

Es wurden Auktions und Milkhändler gesucht, die sich in den Diensten der Zentrale stellen wollten, und einer der ersten, die sich meldeten, war Emil Sonnemann.

Nach kurzen Verhandlungen wurde ihm ein Laden in der Kulmstraße zugesichert, aber erst mußten alle Einrichtungsgegenstände angeschafft werden, und darüber verging einige Zeit.

Minna hatte keine rechte Lust, ihre schöne Stelle aufzugeben, sie redete mit ihrer Geheimrätin, und die mochte nichts sagen; erklärte ihr, sie würde sie natürlich gern behalten, aber wenn sie glaubte, daß sie mit dem Sonnemann, der ja ein ganz anständiger Mensch zu sein schien, glücklich würde, dann sollte sie ihn nur ruhig heiraten. Wer konnte wissen, wann sich diese Gelegenheit wieder bieten würde.

Ein paar Tage später ging sie zu ihrer Schwester, die an einen Tischler Mangold auf dem Wedding verheiratet war, um mit denen über ihre Heirat zu sprechen. Sie konnten ihr auch nicht raten. Das mußte sie allein wissen.

Ihnen ging es gut. Der Mann hatte zu tun, und wenn auch die beiden Kinder eine Menge Geld kosteten, es wurde ja verdient, und es war was ganz anderes: für sich und Mann und Kinder zu arbeiten, als bei andern sich abzuhängen, ohne daß man rechte Lust dabei hatte.

Heiraten war keine schlechte Sache; aber vor allem mußte sie ihnen den Sonnemann erst mal herbringen, damit sie mit ihm redeten, und ihn sich ansehen konnten. —

Am nächsten Sonntag kam sie also mit ihm an; die beiden Männer gefielen sich gleich und freundeten sich bald an. Die Schwester war vorsichtig, sie urteilte nicht so schnell. Besonders sympathisch war er ihr nicht, sie beobachtete, er blide nicht ehrlich, — aber sonst schien er ja nicht unangenehm, war sehr höflich zu ihr und fand alles bei ihnen bildschön.

Die Kinder schliefen schon, aber er bekam sie trotz zu sehen, und fand sie zu niedlich.

„Was, Minna?“ fragte er, „wenn wir erst so weit sind.“

Sein zukünftiger Schwager schlug ihm auf die Schulter und sagte lachend:

„Na, ich glaube, da brauchen wir uns keine Sorgen zu machen, das kommt ganz von alleine. Wenn es nicht zu velle werden. Wir haben vorläufig genug, um kann ruhig ein paar Jahre so vorhalten. Aber nu wo wir uns noch eine ansteden.“

Sie blieben bis halb zehn, und gingen dann noch der Chausseestraße ein Glas Bier trinken, obgleich sie verschiedene Plätschen geleert hatten.

Zu gern hätte Minna noch heute von Schwester Schwager ausführlich gehört, was sie zu Emil sagten; hatten nur ganz kurz ein paar rasche Worte geäußert, war eben nicht gegangen, und sie mußte warten.

Schlecht war der Eindruck gewiß nicht gewesen; als sie die beiden später fragte, meinten sie nur: sie hätten nichts dagegen; veruchen könnte sie es ja. Wenn's ging, na, dann könnte sie ja immer noch ihr Brot verdienen. Als Frau, das war dar nicht so schlecht, wie sie mal als Wirtschaftlerin gehen mochte. Die nahmen Leute lieber, weil sie sich sagten, die hat was hinter und denkt ernsthafter als ein Mädchen, das doch allerhand dumme Gedanken im Kopfe hat.

So war denn die Heirat beschlossene Sache, und Minna zog für drei Wochen zu der Schwester.

Es war ja ein wichtiger Weg oben vom Wedding zur Kulmstraße, wo der Milkladen am nächsten Ersten gemacht werden sollte, aber es half nichts.

Hinter dem Laden war ein großes Zimmer und eine kleine Küche. Die enge Küche war allerdings nicht so was Minna sich vorgestellt hatte; und die wenigen Sachen die sie Emil abrang, enttäuschten sie gewaltig, — schließlich hatte er recht: wie in der Küche ihrer Herrschaft konnte es bei ihnen nicht aussehn.

Kupferne Kessel und Messinggeschenke und allerhand französische Tongeschirre gab es nicht, nur ein paar Emailtöpfe und Steingutsachen, die sie bei Wertheim einkaufte, weil sie da billiger wegkamen, als wenn sie die Sachen ihre paar Möbelstücke, auf Abzahlung nahmen.

(Fortsetzung folgt.)

drücken können, als wären die Intentionen der königlichen Staatsregierung gegenüber der im vorigen Jahr uns kundgegebenen Stellung ein wenig verändert. Wir sind bei unserm Zusammentritt mit Worten beglückt worden, aus denen wir Schlüsse auf ein gewisses Programm der Regierung ziehen müssen. Auch der Minister des Innern hat gesagt, daß er den heutigen Verhandlungen mit Interesse folge. Der Herr Ministerpräsident hat im vorigen Jahre mit Recht gesagt, daß Demonstrationen einer irreführenden Masse einer pflichtbewußten Regierung nichts abtrotzen könnten. Ich nehme das für ein pflichtbewußtes Parlament in Anspruch. Wir werden uns weder durch ruhige noch durch stürmische Straßendemonstrationen irgendwie beeinflussen lassen. (Bravo! rechts.) Wenn die Sozialdemokratie infolge eines neuen Wahlrechts in vermehrter Anzahl in das Abgeordnetenhaus kommen würde, würde sie natürlich auch Anträge stellen und würde das allgemeine Wahlrecht für alle Deutschen über 20 Jahre ohne Unterschied des Geschlechts nach dem Proporz fordern — ich weiß nicht, ob es das Proporz oder der Proporz heißt. (Heiterkeit rechts.) Wie es in einem Parlament nach ihrem Ideal zugehen würde, beweisen ihre Parteitage. Wie der Kommunismus unter den Jakobinern bei vorzüglicher Ernte zu einer Verarmung des Volkes geführt hat, so würde sich auch zeigen, daß ihre utopischen Pläne bezüglich des Wahlrechts in der Praxis undurchführbar sind. — Was die Freisinnigen anbelangt, so wollen Sie mit Ihrem Antrag offenbar die konservative Mehrheit in diesem Hause vernichten. (Zuruf bei den Freisinnigen.) Sie sagen, das wäre kein Fehler. Herr Gerold hat Ihnen ja schon Ihre jegige große parlamentarische Bedeutung vor Augen geführt. (Heiterkeit rechts.)

Wenn der Block zerfällt, wo sind Sie?

Da werden Sie Ihre Bedeutung doch wieder etwas zurücktreten müssen. Wir sollen eine Societas Leonina (Löwenvertrag) mit Ihnen abschließen. (Sehr gut! rechts.) Sie wollen uns in Berlin einfließen lassen und scheinen zu erwarten, daß wir eine höfliche Verbeugung vor Ihnen machen und dabei mitwirken werden. (Sehr gut! und Heiterkeit rechts.) Herr Webel hat Ihnen ja früher schon gesagt: „Wenn Sie in Preußen das allgemeine Wahlrecht einführen, so graben Sie sich damit Ihr eigenes Grab“, und Herr David hat in den „Sozialistischen Monatsheften“ geschrieben: „Es kommt uns darauf an, in Preußen den feierlichen Feiler des preussischen Regiments zu brechen (Hört, hört! rechts), das übrige wird sich dann finden.“ Das „übrige“ sind dann die bürgerlichen demokratischen Parteien, die ja lediglich noch im Dreiklassenwahlrecht der Kommunen die Bürger ihre Kraft haben. (Sehr gut! rechts.) Ein eigentümliches Schlaglicht auf die jegige Situation wirft doch der Wahlrechtskonflikt in Nordost. Kommen dort vielleicht Agrarier und Reaktionsäre in Frage? (Sehr gut! rechts.) Nein, die Herrn

Freisinnigen gleichen dem Felden Galstaff.

sie stehen zum los — wenn sie sich genügend geschult sehen. (Große Heiterkeit rechts.) Nun komme ich zu den National-Liberalen. (Heiterkeit.) Alle Ihre großen Männer — ich brauche wohl dabei nicht zu sagen: die Anwesenden sind ausgenommen (große Heiterkeit), wie Gneist, Engel usw. haben mit großer Schärfe für das Dreiklassenwahlrecht gekämpft. Auch der verstorbenen Führer der süddeutschen National-Liberalen, Professor Meier in Heidelberg, hat in einem Buche, dessen Refrüse ich dem Herrn Minister als Material zur Wahlreform dringend empfehlen möchte (Heiterkeit rechts), sehr gegen das geheime Wahlrecht Stellung genommen. Aber die Herren sind auf der schiefen Ebene immer weiter herabgerollt. Man merkt den zunehmenden Einfluß der Jungen. (Heiterkeit rechts.) Die Herren haben ja dieselben Grundzüge wie in ihrem heutigen Antrag, auch im letzten Wahlkampf vertreten, in den sie mit großen Hoffnungen gegangen sind. Die Erfolge waren freilich recht lässlich. Auch das Wort

Kulturblock hat nicht gezogen.

(Heiterkeit rechts.) Die Mehrheit des Volkes will von einem Kulturkampf nichts wissen. (Bravo! i. Jtr.) Die Ausführungen des Herrn Gerold über die Bedeutung des Christentums für den Staat sind uns aus dem Herzen gesprochen. (Bravo! rechts.) Ich denke, daß die Elemente, die nur uns auf demselben erhabenen Boden stehen, uns unterstützen werden. Die Zeit wird kommen, wo wir immer mehr das, was uns trennt, vergehen und uns auf dem gemeinsamen Boden der christlichen Weltanschauung begegnen. (Lebhaftes Bravo! rechts u. i. Jtr. Abg. Hoffmann ruft den Freisinnigen zu:

Da haben Sie die Kündigung!

(Große Heiterkeit.) Auch die Regierung hat leider mit der Zeit Konzeptionen in der Wahlrechtsfrage gemacht. In der Erklärung des Reichstagsorgans vor einem Jahre war von der organischen Entwicklung des Wahlrechts die Rede, die der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Bewußtseins entspreche. Was bedeutet organische Entwicklung? Man könnte an ein organisches Wahlrecht denken, das sich auf Berufsstände und Korporationen gründet, oder man kann sagen: die Organe, die Grundlage des jegigen Wahlrechts, sollen bestehen bleiben. (Lebhafter Widerspruch links.) Man denkt vielleicht an ein pluralistisches Wahlrecht. Das man etwa in Sachsen, wo man allen etwas geben wollte, damit die Kreuze an den Staatsinstitutionen vermehrt? Ich erinnere mich an die Vorgänge in Dresden vom vorigen Sonntag. Will die Regierung etwa die geheime Wahl einführen? Ich erinnere Sie daran, daß Herr Bismarck erklärte, das geheime Wahlrecht widerspreche den Grundgedanken des deutschen Verfassungsvertrages. (Sehr richtig! rechts. Lachen links.) Das Beispiel Amerikas und Frankreichs sollte Ihnen beweisen, daß auch eine demokratische Staatsform nicht gegen die Minorität kämpfe. Aber wenn man die Arbeiter seien noch nicht genügend vertreten? Infolge der zunehmenden Einkommensungleichheit der Arbeiter haben in Berlin Arbeiter sogar in der zweiten Klasse gewählt. (Hört, hört! rechts.) Ich hätte gewünscht, daß die Herren Sozialdemokraten uns hier wirkliche Arbeiter repräsentieren hätten. (Sehr richtig! rechts.) Am liebsten würde die Handwerkermeister und Handwerkerhöflicher in unterer Position doch auch, was Arbeit bringt. (Bravo! rechts.) Gerade diese Kreise sehen im Dreiklassenwahlrecht einen

Wort des heisenden Mittelstandes.

(Sehr wahr! rechts.) Wir können uns der ersten Bemerkung, die Herr v. Rosenheim ausgesprochen hat, nicht entschließen. Die Selbstbestimmung des Volkes werden durch die Wahlrechtsreform aufs höchste angehebt. Herr Träger hat gesagt, was geht das an, welches Wahlrecht beschließen wird. So liegt die Sache nicht. Man will doch eine wirkliche Entwicklung nach links. (Sehr richtig! rechts.) Sind etwa die Bemerkungen im Reichstag auf Verarmung abzugeben, um die Rechte der Krone zu schützen? Sie sollen doch die Rechte des Parlaments vernehmen! (Sehr wahr! rechts.) Die Herren denken wohl an den bisherigen Verfassungsvertrag nicht gar so sehr, wenn man die Krone an den Grundbesitzern des heimischen Vermögens rechts nicht gerührt haben wollen. (Bravo! rechts.) Wenn die Regierung uns eine Vorlage bringt, die an der Grundlage dieses Wahlrechts rüttelt, so würde das für das

Verhältnis der Regierung zu uns

und auf für das Verhältnis der Konservativen im Reich zu der Regierung von der einschneidenden Bedeutung sein. Ich schreibe mit dem Wort, die der berühmte Herr v. Bismarck gesagt hat: er wünsche, daß in Preußen die Grundbesitzer des preussischen Landes demütig demütig zu sein erlauben. (Sehr richtig! rechts.) Ich weiß nicht, ob man es so lassen darf, daß in Preußen die Wähler des Mittelstandes geschrien. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Zwischen links und auf den Rechten. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Friedberg (nall., zur Geschäftsordnung) teilt mit, daß die National-Liberalen ihren Antrag in Ziffer 3 dahin abgeändert haben, daß es statt „in dieses Wahlrecht“ heißt: „In das Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus“. Die Änderung soll dem Mißverständnis des Abgeordneten Gerold gegenüber bedeuten, daß sie für jedes Wahlrecht, wie es auch ausfallen möge, die geheime und direkte Wahl fordern.

Abg. Jehr. v. Seibitz (freisinn.):

Wir sind gegen die Anträge, sind aber nicht der Meinung, daß das jegige Wahlrecht nicht verbesserungsbedürftig ist und werden die kommende Vorlage sorgfältig und ehrlich prüfen. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Ströbel (Soz.):

Ich kann Ihnen trotz der vorerwähnten Stunde nicht versprechen, mich kurz zu fassen. Sie werden es aber verstehen, daß der Vertreter einer Partei, die bisher aus dem preussischen Abgeordnetenhaus vollständig ausgeschlossen war, bei der Beratung der Wahlrechtsanträge die Gelegenheit wahrnimmt, ein wenig näher die Haltung der einzelnen Parteien und der Regierung zur Wahlrechtsfrage zu beleuchten. Daß die Regierung mit ihren ständigen Erhebungen auf ein Pluralwahlrecht hinaus will, haben wir ja gewußt, und die Herren Freisinnigen müßten sich ebenso fragen, daß die Regierung auf ihren Antrag mit einer Kriegserklärung antworten würde. Ich habe aber sowohl in der Rede des Herrn Träger, wie in der des Herrn Gerold jede Erklärung darüber vernachlässigt, was die Freisinnigen und das Zentrum tun wollten, um trotz der Erklärung der Regierung dem Volke das Wahlrecht zu erkämpfen, das erkämpfen zu wollen Sie doch stets in der Öffentlichkeit vorgeben. (Zuruf.) Zu Straßendemonstrationen haben die Herren ja weder Lust noch Courage. (Unruhe rechts.) Sie selbst ziehen den Demonstranten ja nicht entgegen, dazu haben Sie

Schule mit Säbeln und Pistolen bewaffnet.

Wenn Sie sich ebenso unbewaffnet wie die Demonstranten mit ihnen messen wollten, wollen wir einmal sehen, wer die größere Courage hat. (Sehr gut! b. d. Soz., Lachen rechts.) Herr Gerold machte den etwas böshafte Wit, daß jetzt die Freisinnigen einflußreicher im Block seien als das Zentrum seinerzeit. So leicht, meine Herren vom Zentrum können Sie sich die Sache nicht machen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Nicht nur Sache des Freisinnigen, sondern auch Ihre Sache wird es sein, Ihren Versprechungen auch Taten folgen zu lassen, wenn Sie nicht draußen im Lande den Eindruck erwecken wollen, als ob alle Ihre schönen Worte nur hoch erhabene Phrasen sind. (Sehr wahr! b. d. Soz., Unruhe i. Jtr.) Der Herr Minister sagte, es müsse erst Material gesammelt werden. Aber das Material für die Unzufriedenheit, die lährende Ungerechtigkeit des Dreiklassenwahlrechts ist so hergehobelt aufgeteilt, daß neues Material überflüssig ist. (Sehr wahr! links.) Ein Wahlrecht, bei dem der Wähler

erster Klasse 25 mal soviel Recht

hat wie der Wähler dritter Klasse und der Wähler zweiter Klasse noch siebenmal soviel wie der Wähler dritter Klasse, ist allerdings die Skarifier eines vernünftigen Wahlrechts. Für die bevorzugten Teile des Volkes, die Nutznießer dieses Wahlrechts, besteht natürlich das Bedürfnis, es mit seinen Schenkungen möglichst zu erhalten. Deshalb will man ja auch durch die Statistik herauszufinden, wie man seine Schenkungen möglichst konzentrieren kann. Darauf läßt auch der Antrag Gedacht hinaus, der dem Zentrum sogar noch zu radikal ist.

4258 Wähler auf dem platten Lande in 3700 Urwahlbezirken haben heute ebensoviel Wahlrecht wie 600000 städtische Urwähler in der dritten Klasse. Jeder dieser Wähler hat also 150mal soviel Wahlrecht. Ganz falsch ist es auch, daß das jegige Wahlrecht dem Mittelstande nütze. Die empfindlichen Tatsachen dieses Wahlrechts erfüllen das Volk mit der höchsten Erbitterung. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Gerade die Herren von der Rechten wollten ein Verständnis dafür haben, daß das Volk in seinem namenlosen Jugium beginnt, dem Beispiel der Junker zu folgen und ebenfalls zu schreien, zu schreien, zu schreien, daß Ihnen die Ohren gellen.

Wie jähren denn die Junker jetzt wieder, weil sie die paar Groschen Erbschaftsteuer zahlen sollen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wie würden Sie sich schreien, wenn Sie an der Stelle des Volkes ständen? (Sehr gut! b. d. Soz.) Als Sie von dem heisenden Bürgerium in den letzten Jahren verdrängt waren, ließen auch Sie Sturm gegen das Dreiklassenwahlrecht, nicht aus Anstand und Gerechtigkeitssinn, sondern aus wirtschaftlichem Klasseninstinkt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Damals nannte der Redakteur der „Kreuzzeitung“ das Dreiklassenparlament verächtlich das Geldsackparlament. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auch an das Wort Bismarcks muß immer wieder erinnert werden, daß es

kein elenderes und widerwärtigeres Wahlrecht

gibt, als das Dreiklassenwahlrecht. So wollten die Junker über dieses Wahlrecht, als sie der Meinung waren, daß ihre Klasseninteressen dabei nicht vertreten seien. Inzwischen ist es ja anders geworden. Die liberale Schicht ist zerfallen, die Herren Liberalen sind mehr und mehr reaktionär geworden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Sernerzeit wollten die Vorstufen der heutigen Rechten das preussische Abgeordnetenhaus mit Stacheln versehen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Besonders unheimlich ist die Haltung des Zentrums. 1873 verlangte ein Antrag Bismarcks die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen. Dieser Antrag wurde damals abgelehnt resp. am 6. Monate, d. h. bis auf den Sechshundertsten Tag. Für diese Vertagung stimmten unter anderem auch die Freisinnigen Parvus und Eugen Richter. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich will nicht auf die ganze Entwicklung eingehen, sondern nur noch feststellen, daß das Zentrum am 10. Januar 1903 zwar für das geheime Wahlrecht, aber nicht für eine Neuerung der Wahlrechtsreform stimmte. Auch heute ist es nicht darüber zu haben. Im Jahre 1903 verwarf das Zentrum in 12 Wahlbezirken mit 2679 Urwählerstimmen 23 Abgeordnete durchzubringen, während die Sozialdemokraten mit 30000 Urwählerstimmen nicht mehr einen einzigen Abgeordneten durchbrachten. (Zuruf rechts: Gott sei Dank!) Ja, Sie wollen ja auch jetzt die gewählten Sozialdemokraten wieder brautreiben. Aber wir kommen wieder, wie schon früher wieder, wieder als vorher. (Zuruf rechts: Antworten!) Warten wir es ab.

Bei einer gerechten, vernünftigen Wahlrechtsverteilung, die Ihnen allerdings höchst unangenehm wäre, muß man dann erfrähe, wie wenig Zeit hinter Ihnen lände, hätten im Jahre 1903 allein die Freikonservativen und Konservativen nicht weniger als

107 Mandate weniger erhalten.

(Große Unruhe und anhaltendes Gemurmel rechts.) Natürlich würde bei einer solchen Wahlrechtsverteilung die konservative Partei außerordentlich viel von ihrem Sitzen verlieren. Aber das Zentrum will sich zum Schutze der Konservativen auf, mit denen es ja durch die gleichen Erbschafts- und Grundbesitzerinteressen verbunden ist. (Lachen links und große Unruhe im Zentrum.) Das Zentrum folgt in dieser Beziehung dem Spruche: Wartet meinen Worten und ich sage auf meine Taten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir würden uns ja ungemein freuen, wenn das Zentrum mit uns für das allgemeine gleiche geheime und direkte Wahlrecht kampfen würde. Ich kann im Namen meiner gesamten Partei auch draußen im Lande die Erklärung abgeben, daß wir Schützer an Schützer mit uns gemeinsam für die Erreichung des Wahlrechts kämpfen werden. (Lachen links u. rechts.) Wenn Sie ernst und ehrlich für das allgemeine, gleiche geheime und direkte Wahlrecht kämpfen wollen, bitten Sie sich über dieses Angebot freuen, wie wir uns über Ihre Erklärung, wenn wir Ihnen oder nachheren müssen, daß diese Erklärung der Junker nicht verstanden ist, dann mögen Sie sich ärgern und von Herrn Träger, wie Sie es tun, durch Ihre charakteristischen Schenkungen abgeben.

Salbung der Freisinnigen

Ich habe keine und nicht folgerichtigere als die des Zentrums. Um die Wende des Jahres 1871 verabschiedete Rouman einen Ruf: Je plus il y a de libéraux, plus le Reichstag sera gouverné. Die Wahlrechtsfrage ist die Lebensfrage des Blocks. Die Lebensfrage der konservativen Wähler. Auch Herr v. Bismarck, wie Sie die Hauptfrage, daß endlich einmal der Kampf um das allgemeine Wahlrecht

begonnen werde, mit oder ohne Bülow, mit oder gegen die Regierung. Hauptmann, Schaber, Träger und selbst Mugdan erklärten ihr vollständiges Einverständnis mit Raumann. Selbst die „Freisinnige Zeitung“ schrieb damals, man könne sich nicht mehr mit einer generellen Erklärung begnügen, wie es z. B. die heutige Ministerrede wieder war, sondern die Regierung müsse klipp und klar Auskunft geben, wie sie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in Preußen einzuführen gedachte. Aber auch die freisinnigen Taten entsprachen nicht den schönen freisinnigen Worten vom Juni 1907. Auch die heutige Rede des Abg. Träger war alles andre eher wie die Unklugheit einer energiegelben Kampfsprache. Am 10. Januar 1908 erteilte Bülow gerade wie heute Herr v. Molke die

schärfste Abgabe an alle Wahlrechtsforderungen.

Da schrieb die „Frankf. Ztg.“, daß der Kanzlerstaat Bülows, die in der allerbedeutendsten Frage verjagt habe, das Urteil gesprochen sei. Der Freisinn habe nicht den mindesten Anlaß, eine Politik zu unterstützen, die ihm die Herrschaft der konservativen Partei fördere. So verkündete die „Frankf. Ztg.“ das Ende der Blockherrlichkeit. Aber dieses Blatt, ebenso wie das „Berl. Tagebl.“ und andere freisinnige Blätter, hatten die Unempfindlichkeit und Feigheit der Bürgerklasse unterschätzt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Welche die Berl. Volkszeitung erklärte, daß Bülow dem Freisinn schallende Ohrfeigen verjagt habe, der Freisinn blieb im Block sein gehorsamer Diener. Auch heute haben wir als Antwort auf die Erklärung des Regierungsvorsetzers nicht die Erklärung gehört, daß damit der Block, den Herr Träger seinerzeit mit der Paarung von Karpien und Kammern verglich, — er hätte vielleicht besser von der Paarung eines Hais mit einem Kaiman gesprochen —, daß dieses unnatürliche Blockverhältnis damit gelöst sei. Aber der Freisinn hat nicht nur den Block weiter unterstützt, sondern er entschloß sich auch während der Wahlrechtskampagne selbst zum Helfer der Konservativen. Während er den Kampf für das Wahlrecht proklamierte,

hielt er der Junkerreaktion den Steigbügel

und verhalf ihr zu neuen Mandaten. (Zuruf b. d. Freis.: Daran sind Sie schuldig!) Nein, daran sind wir unschuldig, wir waren bereit, mit dem Freisinn zusammenzugehen und ihn zu unterstützen, wenn er uns auch unterstützte. Wir durften verlangen, daß wenn wir den freisinnigen Liebesdienste leisteten, wie Sie heute dem Block, daß wir nicht ohne Gegenseitigkeit ausgingen. Gemeinlicher Kampf erforderte die Unterstützung von beiden Seiten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Freisinnigen aber unterstützten die Konservativen, die geschwornen Feinde jeder gerechten Wahlrechts. Auf das beste Niveau der Reaktion aber sank der Freisinn dadurch, daß er gleich den schlimmsten Oligarchen den unerhörtesten Wahlschritt vorvertrieb. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die „Freis. Ztg.“ schrieb schon vor der Wahl, daß die Beamten keinen Sozialdemokraten wählen dürften, nicht etwa, um Protest zu erheben gegen diese Vergewaltigung, sondern um die eingeschickten Beamten sich selbst als Wähler zuzuführen. Die Tatsache, daß die

Beamten vom freien Wahlrecht ausgeschlossen

sind, ist kanonisch und tritt die Verfassung mit Füßen. Nach der Verfassung hat jeder Beamte, jeder Bürger das Recht der freien Meinungsäußerung. Das hat selbst Bismarck im Jahre 1882 und noch später der reaktionäre Minister v. Puttkamer anerkannt. Er hat ausdrücklich erklärt, daß, wer den Beamten an der freien Äußerung des Wahlrechts hindern wollte, sich dadurch nicht nur disziplinär, sondern auch strafrechtlich verantwortlich mache. Der Freisinn begünstigte sich aber nicht damit, die Beamten der Wahlregel zuzuteilen, er denunzierte auch im 12. Berliner Wahlkreis die Beamten, die nicht zur Wahl gegangen waren, der Regierung. So trieb der Freisinn unerhörten, verfassungswidrigen Wahlterror. (Zuruf b. d. Freis.: Nein, nein!) Mein Kollege Hirsch hat ihnen bereits die dokumentarischen Beweise dafür vorgelesen. (Zuruf b. d. Freis.: Die „Freis. Ztg.“ hat nicht einen Namen genannt.) Sie hat keinen Namen genannt, aber sie hat einen Appell an die Regierung gerichtet, nachzuforschen, welche Beamte nicht gewählt haben. Die „Berl. Volkszeitg.“, auch ein freisinniges Blatt (Zuruf b. d. Freis.: Nein, nein!), das allerdings die demokratischen Ideale nicht ganz verleugnet hat, schrieb, als die „Freis. Ztg.“ gemeint hatte, die Postbeamten, die nicht gewählt hätten, öffentlich zu tadeln, sei ihr gutes Recht, das sie sich nicht bestreiten lassen: „Die Beamten, die die Sozialdemokratie nicht haben mederbestimmen heißen öffentlich in corpore zu denunzieren, hält der Blockfreisinn für sein gutes Recht. Die Denunziation der Beamten gegenüber der Regierung hat der Blockfreisinn in sein Aktionsprogramm aufgenommen. Bitte Teufel!“ (Hört, hört! b. d. Soz., lautes Lachen u. Unruhe b. d. Freis. und rechts.) Was bedeutet dieser freisinnigen Terror gegenüber der

sozialdemokratische Terror,

auf dem Sie bisher bei jeder Gelegenheit herumgeritten haben. Daß von sozialdemokratischer Seite Terror verübt worden ist, wird von uns nicht bestritten. (Wohl, hört, hört!) Aber das war notwendig gegenüber dem Terror von anderer Seite, und wir lassen uns dieses Notwendigkeit nicht nehmen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wir handeln da nach einem beliebigen Worte von hoher Stelle: „Wer nur auf Gott vertraut und feste um sich hat.“ Wir finden unser Verhalten ganz in Ordnung.

Und schlägt du mich auf die linke Wang,
So schlage ich dich auf die rechte,
So will ich es halten mein Leben lang
Im irdischen Geschickte.

(Sehr gut! b. d. Soz.) Wenn Sie aber so sehr über den Terror klagen, will ich Ihnen noch einige Stichproben über den Terror liefern, der von Ihrer Seite verübt worden ist. (Die Ausführungen des Redners über Terrorismus gegen Arbeiter bei den Wahlen sind bei der großen Unruhe des Hauses auf der Tribüne nicht zu verstehen.) Wenn ich Ihnen derartige Punkte Ihre Terrorismus anführe, dann werden Sie unruhig, dann interessiert es Sie nicht. Aber der sozialdemokratische Terror ist für Sie von Interesse. Das ist auch ein Kennzeichen dessen, was Sie für recht halten. Die Heuchelei, die in der Entrüstung über den sozialdemokratischen Terrorismus sich zeigt, ist um so größer, wenn Sie das geheime Wahlrecht verweigern, da ja die geheime Wahl keinen anderen Zweck hat, als den Terror auszumergen. (Wohl, sehr richtig! b. d. Soz. und auf der Zuschauertribüne.) Sie mögen sich ausreden, wie Sie wollen, das öffentliche Wahlrecht ist nichts anderes, als das Wahlrecht des Terrors. Die ganze abhängige Bevölkerung soll dadurch gezwungen werden, nicht frei nach ihrer Überzeugung zu stimmen. (Wohl, Just. b. d. Soz.) Ich gebe zu, daß es vorkommt, daß auch mal ein Wähler und Fleischermeister gegen seine Gefellen Terrorismus löst. Was bedeutet das aber gegenüber dem

Terror, den Sie gegen die Landarbeiter ausüben.

(Wohl, sehr richtig!) Ich erinnere nur an den Terror, der auf dem Lande gegen die kleinen Wirtschaftskräfte geübt wird. Ich erinnere an den kollektiven Terror, der gegen die Lohnarbeiter geübt wird, sowohl von den Behörden wie von Privaten. Ich erinnere daran, daß das große Heer der Beamten doch nicht nach seiner Überzeugung zu stimmen. Ich erinnere an die Erklärung, die Herr Bülow abgegeben hat, daß Beamte selbstverständlich sich nicht sozialdemokratisch betätigen dürfen. (Sehr richtig! rechts.) Mit Ihrer maßlosen Heuchelei gegenüber unterm Terror machen Sie sich aber nur vor aller Welt lächerlich. (Wohl, Just. b. d. Soz.) Mögen doch die Freisinnigen, wenn sie weiter zu Worte kommen, einmal mit dem Terror der Konservativen abrechnen, statt auf dem sozialdemokratischen Terror herumzureiten, den wir ja zu geben. Aber wir wollen abwarten, ob sie mit ihrem Blockherrschaften wagen werden, wegen des Terrors ins Gericht zu gehen. Wenn sie Ehrgeiz hätten, müßten sie es. Wie es bei den Wahlen auf dem Lande zugeht, hat der freisinnige Bürgermeister Schilling geschildert. (Rufe rechts: Waa!) Er hat treffend die Verarmung der Wahlmänner durch den Landrat geschildert und sagt: „Wie es nicht besser, auf dem Lande die preussischen Abgeordneten durch den königlichen Landrat ernennen zu lassen, statt diese unwürdige Wahlkomödie weiterzuführen?“ Freilich, dieser freisinnige Bürgermeister ist ein weißer Knappe, er ist gemäßigter geartet worden, und wir warten bisher vergeblich auf die Interpretation Schilling. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der konservative Herr Malleswig erklärte am 10. Januar 1908, die Antragsteller, damals also die Freisinnigen, wären den Reichstags schuldig geblieben, daß der Antrag auf Staats-

Interesse läge. (Sehr richtig! rechts.) Was aber ist das Staatsinteresse anders, als das Interesse der großen Mehrheit der Staatsbürger? (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nun, mehr als 50 Prozent der Staatsbürger bestehen aus Leuten, die weniger als 900 Mark Einkommen haben, und mindestens 80 Prozent haben unter 1800 Mark Einkommen, und die Interessen dieser 80 Prozent werden durch das Dreiklassenwahlrecht nicht gewahrt. (Sehr. Zukt. b. d. Soz.) Freilich sagen Sie, 5 Prozent der Bevölkerung bringen 65 Prozent der Steuern auf. Sollen etwa die Steuern aufgebracht werden von den 50 Prozent, die ein Einkommen unter 900 Mark haben, oder von den 80 Prozent, deren Einkommen unter 1800 Mark beträgt? Das ist nicht möglich und wir kämpfen ja für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, das diesen

Kulturwidrigen Zuständen

ein Ende macht. (Lachen rechts.) Sie lachen darüber, daß man es als kulturwidrig bezeichnet, daß mehr als 50 Prozent der Bevölkerung ein Einkommen unter 900 Mark haben. Die Leute, welche auf ein solches Einkommen angewiesen sind, sind es empfindend! (Sehr. Zukt. b. d. Soz.) Und deshalb kämpfen wir für das allgemeine gleiche Wahlrecht, damit im Interesse dieser Nichtbesitzenden, dem wohlverstandenen Staatsinteresse die Staatsmacht anders geholt wird. Endlich muß das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eingeführt werden, damit hier Volksvertreter hineinkommen, die rücksichtslos die

Interessen der großen Masse des Volkes

vertreten, und die damit das wirkliche Staatsinteresse vertreten. (Zurufe rechts: Ein Herr Hoffmann?) Der Abgeordnete Hoffmann vertritt das Volksinteresse. Wenn ein Arbeiter die Interessen des Volkes wahrnimmt, so kann er nicht länger an der Hobeibank stehen, dann muß er sich politisch schulen und die Politik zu seinem Handwerkszeug machen. Freilich wenn man Großgrundbesitzer ist, dann findet man auch neben der Politik noch so viel Zeit, das Gewerbe des Großgrundbesitzers zu betreiben. Wenn man aber Journalist oder Arbeiter ist, so muß man die Politik schon zu seinem Hauptgewerbe machen, und dieses Gewerbe ist bei weitem nicht so lohnend. (Lachen rechts) Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und da magt es ein Mann von 30 Millionen, den Vertretern der Arbeiter vorzuwerfen, daß sie sich von den Wünschen der Arbeiter nähren. (Große Unruhe rechts. Glocke des Präsidenten.) Werden denn nicht auch die Beamten von ihren Aufträgen bezahlt und gehören dazu nicht auch die oberen Verwaltungsbeamten? Da ist es bedauerlich, daß man hier feststellen muß, daß gerade die obersten Beamten der Regierung durch Abwesenheit glänzen. Auch ein Beweis dafür, wie sehr es ihnen gleichgültig ist was von den Vertretern der großen Masse hier gesagt wird! (Sehr richtig b. d. Soz.) Es ist doch ganz uninteressant, daß von den preussischen Regierungsvertretern 40 Prozent ablig sind.

Präs. v. Röscher: Herr Abgeordneter, das hängt mit der Frage, die zur Verhandlung steht, nicht zusammen.

Abg. Ströbel (fortfahrend): Ich bin freilich vollständig anderer Meinung. (Heiterk.) Wir verlangen, daß endlich das direkte, allgemeine, gleiche Wahlrecht in Preußen eingeführt wird, und dieses Wahlrecht muß erkämpft werden. Denn die Erklärungen des Reichstages der Konservativen, der Nationalliberalen und selbst des Zentrums beweisen, daß man es freiwillig nicht gewährt. Da muß also der Kampf organisiert werden. Da müssen die Wahlrechtswähler ertönen, und da müssen auch die Herren vom Freisinn und vom Zentrum sich erklären. Freiwillig geben die Herren vom Zentrum nichts. Aber der Freisinn ist ja nichts ohne den Vloed und auch das Zentrum wird nichts tun, um seinen schönen Worten die Tat folgen zu lassen. Dann wird aber das arbeitende Volk diesen Kampf allein führen. (Sehr. Zukt. b. d. Soz.) Dieser Kampf wird täglich erbitterter und täglich erfolgreicher werden. Sie werden von Position zu Position herangezogen werden. (Lachen rechts.) Und wenn Sie jetzt lachen und sich wohlüberzeugt glauben hinter dem Volkwerk, das Sie in dem neuen Vereinigergesetz errichtet haben, wenn Sie glauben, weil keine öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel abgehalten werden können, so werde die Sozialdemokratie in Ihre Wahlkreise auf dem Lande nicht eindringen. Nun, allmählich wird die sozialdemokratische Aufklärung noch weitergreifen, und die Sozialdemokratie wird immer mehr Mittel der Agitation finden, um in die weitesten Kreise hineinzudringen. Und auch auf ein anderes Volkwerk, auf die Bajonette, werden Sie sich auf die Dauer nicht verlassen können. (Große Unruhe rechts.) Es sind Schöne des Volks, die die Bajonette führen.

Zurufe rechts: Blaue Bohnen!

Das sind ja sehr schmachhafte Gerichte, aber ich glaube nicht, daß Sie es wagen werden, das arbeitende Volk mit diesen schmachhaften Gerichten zu regieren, Sie werden sich das wohl zehnmal überlegen, denn Sie wissen nicht, was danach kommen wird. Je stärker die Sozialdemokratie wird, um so mehr gehören auch die zu ihr, die die Bajonette führen. (Sehr. Zukt. b. d. Soz.) Infolgedessen werden auch Sie schließlich Vermittler annehmen, wie auch die Polizei schon Vermittler angenommen hat. Was in einem Schmutzschädel hineingeht, wird ja schließlich auch in Ihren Schädel hineingehen. Sie werden es sich überlegen, ob Sie das Volk maßlos erbittern wollen, zumal auch in Ihrer ungünstigen auswärtigen Position. Von hoher Stelle ist das Wort gefallen, die einzige Sicherheit Deutschlands liege in einer starken Armee. Nun, diese Armee setzt sich aus den Söhnen des Volkes zusammen.

Nicht nur hegen, sondern Sie hegen durch die Art, wie Sie das Wahlrecht dem Volke verweigern. Hezen Sie nur so weiter, Sie werden dadurch die beste Agitation entfalten für das allgemeine, gleiche Wahlrecht. (Sehr. Zukt. b. d. Soz., Zifchen rechts.)

Darauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 12 Uhr. Vorher Antrag Schiffer wegen Zulassung der Lehrer zum Schiffsamt. Schluß 5 1/2 Uhr.

Provinz und Umgegend.

Barleben, 26. Januar. (Arbeitslosigkeit.) Am Sonntag nachmittag fand im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Sähjen (Magdeburg) über Arbeitslosigkeit sprach. Er tadelt scharf das Verhalten der Regierung und der Kommunen, die nicht genug täten, um den Notstand bei einer Krise durch Notstandsarbeiten einigermaßen abzumildern. Redner wies auch scharf das Anerbieten des Barleber Kreisvorstehers zurück, der den Arbeitern bei Notstandsarbeiten für die Stunde ganze 22 Pfennig zahlen will, wovon noch der Beitrag zu Kranken- und Invalidenkasse in Abzug kommt. Er forderte die Barleber Genossen auf, noch mehr auf dem Boden zu sein, fest zur Organisation zu stehen und endlich einmal einen Mann in das Vorparlament zu schicken, der auch mit der Arbeiterfrage vertraut ist. Genosse Stephan trat noch mit, daß der ortsübliche Tagelohn im Winter 1,50 Mark, im Sommer 2,00 Mark betrage. Darauf wurde eine Kommission von drei Mann gewählt, die beim Amtsvorsteher vorstellig werden soll, um den ortsüblichen Tagelohn zu erhöhen. Darum, Arbeiter von Barleben, handelt nach den Worten des Referenten, besucht die Versammlungen, zeigt mehr Interesse an der Arbeiterbewegung; in euren Häuden liegt die Macht, wenn ihr nur einig seid.

Obernstedt, 26. Januar. (Protestversammlung.) Wie bekannt, findet am Mittwoch den 27. Januar abends im Lokal des Herrn Fromme eine allgemeine Protestversammlung gegen das bestehende Dreiklassenwahlrecht statt. Referent ist Gewerkschaftsreferent Udeusch (Magdeburg). Es wird erwartet, daß die Arbeiterchaft von Oberstedt sich gerade an dieser Versammlung zahlreich beteiligen wird. Parteigenossen, wenn wir vorwärts wollen, müssen wir tätig sein!

Salbitz, 26. Januar. (Eine Gemeindevorsteher-Sitzung) findet am 28. Januar abends 8 Uhr im Gasthof zum Landhause statt mit folgender Tagesordnung: Fluchtlinienangelegenheit der Schönebeder Straße, Beleuchtungsangelegenheit, Antrag des Bauunternehmers Klähn aus Jermersleben um Veränderung seines Straßenprojekts, Verpachtung des Ausladeplatzes und der Kahnfähre, Erlass einer Ordnung betreffs Erhebung von

Gebühren für die Benutzung der Plakatstuden, Zahlung einer Entschädigung an diejenigen Lehrer, welche zur Aufrechterhaltung der Ordnung unter den zur Wiederimpfung vorzustellenden Kindern bestellt sind, Errichtung zweier neuer Lehrerstellen, Mädchenschulunterricht, Mittelungen, nichtöffentliche Sitzung.

Burg, 26. Januar. (Berichterstattung „zweiter Garnitur“.) Das „Tageblatt“ bringt in seiner letzten Nummer ebenfalls einen längeren Bericht über die Wahlrechtsdemonstrationen in Berlin. Redner „zweiter Garnitur“ hätten die Referate in den Versammlungen gehalten. In welche Garnitur aber gehört ein Bericht, in welchem den Lesern des „Tageblatts“ verkündet wird, daß die Teilnehmer das Lied „Das gleiche Wahlrecht ist das Zeichen...“ nach der Melodie „Zu Mantua in Vanden“ gesungen hätten? —

(Eine Stadtvorordneten-Sitzung findet am Donnerstag den 28. Januar, nachmittags 3 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung steht auch ein Antrag der sozialdemokratischen Stadtvorordneten auf Abschaffung des Bürgerrechtsgeldes.

Felgeleben, 26. Januar. (Fromme Kollekten.) Trotzdem wir jetzt in einer Zeit der Arbeitslosigkeit leben, sieht man doch in Felgeleben Schulkinder mit Sammelbüchlein von Haus zu Haus gehen. Sammeln sie vielleicht für Arbeitslose oder andre hilfsbedürftige Menschen? Weit gefehlt! Sie sammeln für die Kirche. Man sieht es den Kindern an, wie sie sich schämen, daß sie bald hier, bald dort um eine kleine Gabe vorprechen müssen und wie oft bekommen sie dabei recht merke Worte zu hören. Erfreulicherweise sind heute die Arbeiter nicht mehr so leicht dazu zu bewegen, für die Kirche und ihre Einrichtungen Geld auszugeben. Protestiert muß auch dagegen werden, daß die Kinder zu solchen Dingen benutzt werden, die frommen Eiferer mögen mit ihrer Sammelbüchlein selbst von Haus zu Haus wandern.

Halberstadt, 26. Januar. (Die halbjährliche Generalversammlung) des Familienvereins für Krankenpflege, die am Sonntag im Gewerkschaftshaus tagte, war nur mäßig besucht. Dem vom Vorsitzenden gegebenen Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Geschäfte in befriedigender Weise erledigt wurden. Genosse Gerlach gab hierauf den Kassenbericht, der eine Einnahme von 27140,23 Mark aufweist und einen Ueberschuß von 835 Mark zu verzeichnen hat. In die Mitglieder wurde in 82 Fällen Unterbilanz im Betrage von 2002 Mark gezahlt, außerdem für Milch 223,38 Mark, Krankenhausbesuch 1314,05 Mark, für Spezialärzte und Kliniken 384,30 Mark ausgegeben. Gerichtskosten hatte der Verein 206,20 Mark zu bezahlen, die zum größten Teile durch einen Prozeß mit einem früheren Arzt entstanden sind. Das Vermögen des Vereins betrug am 1. Januar 8804,10 Mark. Der gegenwärtige Mitgliederbestand ist 1908 gegen 1988 am 1. Juli 1908. An Stammanteilen haben die Mitglieder am Jahresluß 4578,70 Mark, sie sind um 55,45 Mark gestiegen. Die Kassenverhältnisse sind durchaus günstig. Auch ist die Entwicklung des Vereins in anderer Beziehung zufriedenstellend. Bei der Vorstandswahl werden die Genossen A. Schumann als Vorsitzender, H. Schrader als 2. Vorsitzender, und als Kassierer J. Gerlach wiedergewählt. Zu Revisoren werden die Genossen Steyer, H. Müller, und zum Schriftführer A. Schulze gewählt. Der Ausschuß besteht aus den Genossen Wulf, Arantemann, Schaper, K. Schulze, Pfeiler, Wienede, Bente, Bodenheim, Niehoff, Perube, Weber, A. Schiefer, Müdert, Feuer und Werner. Die Wahl zweier Spezialrevisoren fiel auf die Genossen Vertau und Amelung. Kartenzerevisoren wurden die Genossen Eberenberg, Schneberg, Weiß, Fisterer und Henning. Der Ueberschuß wurde dem Selbsterefonds überwiesen.

(Eine Wasserflut) überschwemmte am Sonntag nachmittag vom Wasserurm kommend die Wernigeröder Straße. Ob ein Moirbruch erfolgte, oder ob die unbeabsichtigte Verengung des jetzt so „teuren Wassers“ auf andre Ursachen zurückzuführen ist, blieb unbekannt.

Hornhausen, 26. Januar. (Wieder ein Grubenunglück auf Grube Luise.) In der Nacht vom 24. zum 25. sind wieder durch Schlenmfang zwei Menschenleben vernichtet worden. Ein Arbeiter ist mit Verletzungen davongekommen. Diese drei Unglücklichen waren zur Nachwache auf dem Schacht Wölows beordert. Sie verjagten die Schätze zur frischen Luftführung zu öffnen, damit die Frühlucht wieder richtig arbeiten konnte. In diesem Augenblick brachen mit fürchterlicher Gewalt die Schlammannen herein und erschickten die Bergarbeiter Kohls und Lindemann. Der Grubenaußseher Pesse konnte sich noch rechtzeitig retten. Ob alle Vorsichtsmaßregeln von der Grubenverwaltung angewendet sind, läßt sich nicht feststellen. Werden aber die Bergarbeiter von Hornhausen und Ochersleben noch länger in ihrer Gleichgültigkeit verharren? Oder werden sie sich endlich solidarisch zusammenschließen? —

Küche, 26. Januar. (Verunglückt.) Der Maurer Wilhelm Lücke von hier verunglückte am Freitag in der Stärkefabrik dadurch, daß er in das Rührfass fiel. Um 1/3 Uhr wurde er von einem dort gleichfalls beschäftigten Arbeiter aus dem Fass geholt und in seine Wohnung geschafft. Gegen 6 Uhr abends ist er gestorben. Der herbeigerufene Arzt konstatierte Gehirnerschütterung. Der Verdauungsmerke hinterläßt Frau und drei kleine Kinder.

(Ein Opfer der Wohnungsnot.) Wegen Brandstiftung wurde der Arbeiter Heinrich Elbing von hier in Zandau 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Weil Elbing mit seiner neunjährigen Familie ausziehen mußte und bei der Wohnungsnot am Orte nicht wußte, wo er bleiben sollte, hatte er in Wut und Verzweiflung ein Haus in Brand gesetzt. Die Wohnungsnot aber dauert hier fort. Die Witte schätzten die Mieter auf das äußerste und die Mieter treiben sich mit den verwerflichsten Mitteln die Wohnungen ab. Hier kann nur Selbsthilfe Rettung bringen, indem sich die Arbeiter in einem Bauverein zusammenschließen.

Obernstedt, 26. Januar. (Sitzung der Stadtvorordneten am 23. Januar.) Der Haushaltsplan der Wasserleitungsstelle für 1909 wurde in Einnahme und Ausgabe auf 10 500 Mark festgelegt. Der Ueberschuß wird 2700 Mark betragen. Der Haushaltsplan der Armenkasse wird in Einnahme und Ausgabe auf 18 400 Mark mit einem Zuschuß von 10 551,16 Mark aus der Stämmereikasse festgelegt. Von der Wahl des Steuerreferats Stiebing zum Kandidaten der Stadt-Haupt- und Sparkasse an Stelle des Herrn Mandanten Behrens nimmt die Versammlung Kenntnis. Die Stelle des Steuerreferats und Gegenbuchführers der Stadt-Haupt- und Sparkasse muß nach Anordnung des Regierungspräsidenten mit einem Militäranwärter besetzt werden. Der Magistrat hat beschlossen, sogleich einen Militäranwärter zur informativischen Beschäftigung einzubereufen. In geheimer Sitzung wird das Gesuch des bisherigen Stadt-Hauptkassen-Mandanten Herrn Behrens um Veretzung in den Ruhestand zum 1. Juli genehmigt und das Ruhegehalt mit Rücksicht auf seine 45jährige Dienstzeit, davon 36 Jahre im Dienste der Stadt, auf jährlich 2400 Mark vom 1. Juli d. J. ab festgelegt.

Varth, 26. Januar. (Wir haben wieder ein Vokal.) Diese freundige Stimmung beherrschte die am Sonnabend abend in dem neugemauerten Lokal tagende Zusammenkunft der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Varths. Der Genosse Krivschod gab einen Ueberblick über das vergangene Geschäftsjahr. Genosse Gebhardt (Burg) referierte über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und ermahnte die Anwesenden zum neuen Zusammenhalten und zur Hochhaltung des Lokals. Beachtet wurde legeterz insofern, als die Mitglieder des Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiterverbandes beschlossen, ihre Mitglieder-versammlungen regelmäßig abzuhalten. Am 30. Januar soll für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ein Winterbergnähen stattfinden. Nach Schluß der interessanten Versammlung blieben die Teilnehmer noch längere Zeit in froher Stimmung beisammen. Alles in allem hereditäre die gegenwärtige Situation wohl zu der Annahme, daß die Arbeiter Varths sich von der Desize leiten lassen: Denjenigen Lokalinhabern, die uns ihre Lokalitäten zur Veranlagung gewerkschaftlicher und politischer Angelegenheiten ver-

weigern, keinen Groschen unseres teuer verdienten Tageslohns! —

Schönebeck, 26. Januar. (Stadtvorordneten-Sitzung.) Die Versammlung konstituierte sich folgendermaßen: Hoyer, Vorsitzender, Rechtsanwalt Permann, Stellvertreter, Fabrikdirektor Gies, erster Schriftführer, Thormeyer, zweiter Schriftführer. Dann wurden die Kommissionen und Deputationen gewählt. In nächster Zeit soll das ganze Armenwesen eine neue Regelung erfahren. Die Rechnung der Stämmereikasse für 1907 wurde in Einnahme mit 594 853 Mk., in Ausgabe mit 586 250 Mk. festgestellt. Ein Bestand von 28 583 Mk. bleibt. 8748 Mk. mußten nachbewilligt werden. Einnahmen hatte die Stadt an Kommunalsteuern 110 786 Mk., Biersteuern 11 585 Mk., Umsatztuern 7000 Mk., Hundesteuern 3360 Mk., Bürgerrechtsgeldern 754 Mk. und Luftbalkensteuern 2000 Mk. Ueber zuwenig Licht bei der Ueberführung an der Vauban wurde Klage geführt. (Wir haben erst darüber berichtet. D. B.) Da dies nun Sache der Eisenbahn ist, solle diese Menderung schaffen. Am 29. September v. J. wurde die Aufnahme einer Anleihe von 100 000 Mark beschlossen, der Bezirksauschuß will sie aber nur genehmigen, wenn die Anleihe mit 2 1/2 Prozent amortisiert wird. Demgemäß wird beschloffen. Der Magistrat schlägt vor, die Parzelle 32 des städtischen Ackers im Sommer zu verpachten und das Wagnis in kleine Stücke zu teilen. Dadurch können die kleinen Leute sich auch etwas Ueberpachten und Kartoffeln pflanzen. Das wurde genehmigt. Stadtvorordneter Gause fragt den Magistratsdividenten, wie weit der Präludenzbau schon geheißen sei, er brachte die Beschwerden vor, über die wir in der „Volksstimme“ schon berichtet haben. Der Bürgermeister antwortete, daß diese Frage in der geheimen Sitzung verhandelt werden soll.

Stahfurt, 26. Januar. (Die Arbeitslosenzählung) hat schon längst stattgefunden, aber die versprochene Veröffentlichung des Resultats ist immer noch nicht erfolgt. Wenn das Gewerkschaftskartell Arbeitslosenzählungen veranstaltet hat, dann ging die Sache etwas schneller, am Tage nach der Zählung war das Resultat in der „Volksstimme“ zu lesen. Die Behörden lassen sich mehr Zeit damit. Augenscheinlich hat die Arbeitslosigkeit in diesem Monat noch zugenommen.

(Gewerkschaftskartell.) In der am 22. Januar abgehaltenen Sitzung des Gewerkschaftskartells gab der Vorsitzende, Genosse Wehler, bekannt, daß zu der am 30. Januar stattfindenden Protestversammlung gegen die Nobellen zu den Verhinderungsgehehen und der Gewerbeordnung Genosse Bernide (Magdeburg) das Referat übernimmt. Sodann gab Genosse Frommhold den Geschäftsbericht des Kartells von 1908 sowie den Bericht vom Rechtschutz- und Auskunftsbureau, und der Kassierer, Genosse Wehler, den Kassenbericht vom 4. Quartal 1908. Es wurde beschloffen, den Geschäftsbericht diesmal in der Arbeiterdruckerei in Dessau drucken zu lassen. Nachdem die drei Revisoren für 1909 gewählt waren, erstattete Genosse Wigorowski Bericht über die Kosten für die Stadtvorordnetenwahl. Die Verteilung wird in der Weise vorgenommen, daß die Gewerkschaften bzw. das Kartell zwei Drittel und die Partei in Stahfurt und in Leopoldshall ein Drittel der Kosten zu tragen haben. Zur endgültigen Regelung dieser Angelegenheit wurde eine Kommission von 5 Mitgliedern gewählt. Ferner wurde beschloffen, als besonderen Punkt „Aufgaben der Gewerkschaftskartelle“ auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. Von den Delegierten fehlten unentschuldig: Von den Bauhilfsarbeitern zwei, von den Wollwebern, Kupferschmiedern, Malern, Steinwebern und Staats- und Gemeinbedienten je einer.

Thale, 26. Januar. (Die Protestversammlung.) die zur Politik des Dreiklassenhauses in Preußen Stellung nahm, war von 120 Personen besucht. Interessant waren die Ausführungen des Genossen Weims, der es verstand, das Wahl-system, die Bülowische Gewalt- und Unterdrückungspolitik als Symptom unserer kulturellen Entwicklung zu kennzeichnen. Genosse Schinkel führte aus, daß sich die Schäden des Dreiklassenwahlrechts recht deutlich in unserer Gemeinde zeigten. Dem hier habe die Arbeiterschaft durch die zweimalige Ungültigkeitserklärung des sozialdemokratischen Mandats bis jetzt keinen Vertreter. Wie notwendig dieses aber sei, dafür haben uns die Beratungen und Beschlüsse unserer Gemeindevertretung, hauptsächlich aber die geheimen Sitzungen, eine Menge Material geliefert. Bei einer Neuwahl müsse daher die Arbeiterschaft von Thale doppelt auf dem Boden sein. Ferner wurde von ihm auf die gelbe Arbeiterbewegung, die hier gewisse Leute zu fördern suchen, verwiesen mit der Mahnung, daß die Arbeiterschaft von Thale sich einig sein müsse, damit diese Seuche sich nicht ausbreitet. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

(Darwin und Gaedel.) Am Sonntag abend hatten sich eine Anzahl Genossen und Genossinnen zum Vortragsabend des Bildungsaussschusses im „Reichsanler“ eingefunden. Genosse Henneberg (Thale) sprach über die Entfremdung des Menschen unter Zugrundelegung der wissenschaftlichen Forschungen von Darwin und Gaedel. In den Lehrreichen Vortrag schloß sich eine längere Diskussion. Der nächste Vortragsabend ist am Donnerstag den 28. Januar.

(Winterkerkmann) in Lueddinburg ist seit dem 20. Januar der Genosse Guth, weil er in der Märzversammlung des vorigen Jahres als Leiter die Anwesenden aufforderte, ruhig zu Hause zu gehen; dabei hat er etwas von scharf geschliffenen Säbeln gesagt, was die überwachenden Beamten als Beleidigung auffaßten. Für dieses „Verbrechen“ muß er jetzt einen Monat hinter schwebenden Gardinen sitzen. Für die Thaler Arbeiterschaft wird unser Genosse Guth nach Verhütung seiner Strafe als Ehrenmann vor wie nach dargestellt. Sie wünscht ihm, daß er ohne Schaden an seiner Gesundheit zurückkehrt.

Vermischte Nachrichten.

* **Unbekanntes Land.** Es gibt wohl mehr unbekannte Gebiete auf der Erde, als man gewöhnlich annimmt. Ein Bericht der „Times“ über neue oder geplante Entdeckungsexpeditionen, über die wir zum großen Teil schon Mitteilungen gemacht haben, gibt einen ungefähren Begriff von der Anzahl dieser noch nicht erforschten Landstriche: Südostarabien. Hier ist noch ein großes Gebiet von einigen 400 000 Quadratmeilen ganz unbekannt. Es wird in der Hauptsache durch die Hoba-d-el-Mali, wohl die furchtbare Sandwüste, die es gibt, ausgefüllt. Mr. Bury hat eben eine Forschungsreise unternommen, in der Hoffnung, ins unbekannte Innere dringen zu können. — Tibet. Sven Pedin, Dr. Stein und der Franzose d'Alone haben hier große Lücken ausgefüllt. Ein berwegener Engländer ist im Augenblick unterwegs, um die unbekannte Strecke des untern Brahmaputra zu erforschen, wo er hundert Meilen oder mehr durch das Gebiet der unzugänglichen Abors fließt. — Himalaja. Hier wird Dr. Longstaff diesen Sommer im nordwestlichen Teil eine große Forschungsreise unternehmen. Er wird versuchen, den Hauptkamm der Karakorum zwischen dem Nufstagh- und Karakorum-Paß zu überschreiten und das unbekannte Land jenseits des Hauptgebirgszugs kennen zu lernen. Im Himalaja-Gebiet sind ferner tätig Dr. und Mrs. Workman (unter den Jungas, Nagar- und Gijpar-Gletschern), Dr. Rebe (im Rubra-Tal), Dr. Metzbacher (im Tianschan-Gebirge) und der Russe Kozlow im Norden von Tibet. — Neu-Guinea. Beinahe das ganze Innere des holländischen Neu-Guinea ist noch unentdeckt. Der amerikanische Forscher Einar Millesen wird hier in kurzem eine rekonozzierende Expedition ins Innere unternehmen, der bei günstigem Verlauf eine große Expedition zur vollen Erforschung des Innern folgen wird. Des Londoner Natural History Museum sendet eine Expedition unter Walter Goodfellow. — Afrika,

Neine Chronik.

Der abgefägte Ehrenvorsitzende.

Der Krügerverein Delmenhorst beschloß einstimmig den Ausschluß des Ehrenvorsitzenden, Landtagsabgeordneten Müller, des Führers des Bundes der Landwirte. Ein Grund für diese ungewöhnliche „Ehrung“ wird in der bürgerlichen Presse, bei der wir die Nachricht entnehmen, nicht angegeben.

Vom neuen Zeppelinluftschiff.

Der Zeppelin II (Ersatz Scherdingen) wird Mitte März flugfertig sein. Es soll dann sofort mit dem Bau eines neuen Luftkreuzers begonnen werden. Um diesen zu ermöglichen, läßt die Luftschiffbau-Zeppelin-Gesellschaft auf ihrem neuen Gelände eine Kniezettelhalle erbauen, in die der Zeppelin II nach seiner Fertigstellung gebracht werden soll. Diese Halle soll bis Mitte März fertiggestellt sein. Es würden sich dann in Friedrichshafen zu gleicher Zeit drei Luftkreuzer befinden, der Zeppelin I in der Reichshalle, Zeppelin II in der Zelthalle und der in Bau zu nehmende Zeppelin III in der festen Landhalle.

Selbstmordversuch einer Angeklagten.

Vor dem Schwurgericht in Dortmund stand die 57jährige frühere Ehefrau Wilhelmine Nabbinghaus unter der Anklage des Verbrechen gegen § 215 des Strafgesetzbuchs. Nachdem sich die Geschworenen zur Beantwortung der Schuldfragen zurückgezogen hatten, führte man die Frau in eine Zelle. Als der Gerichtsdienner die Frau zur Urteilsverkündung vorkühren wollte, fand er sie, laut hörend, in ihrem Blute schwimmend. Mit einem Taschenmesser hatte sie sich an beiden Händen die Schlagadern geöffnet. Zwei empfindliche Söhne der Angeklagten begannen laut zu weinen. Die Verhandlung wurde vertagt und die Schwerverletzte nach Anlegung eines Notverbandes ins Hospital gebracht.

Das Schicksal einer Erfindung.

Aus Berlin wird der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet: Das von dem Kronprinzen angemeldete Patent für Manschettenknöpfe wird nunmehr zurückgezogen werden, nachdem der Kronprinz gehört hat, daß das Patent von verschiedenen Seiten angefochten wird.

Das verhängnisvolle Gähnen.

Aus einem eigenartigen Grunde mußte der Schnellzug Köln-Mailand auf offener Strecke halten. Eine erster Klasse reisende Dame mußte so stark gähnen, daß sie den Kinnbade-Krampe bekam und den Mund nicht mehr schließen konnte. Die Folge davon war, daß sie vor Schreck ohnmächtig wurde und die Mitreisenden die Koffeine jagen. Es gelang einem im Zuge befindlichen Arzte, der Dame einigermaßen zu helfen, worauf der Zug seine Fahrt fortsetzte.

Zu Ballon über die Alpen.

Den Erzherzögen Jojo Ferdinand und Heinrich gelang es am Montag als ersten, die Nordseite der Zentrualpen, das Karwendelgebirge, im Luftballon zu überqueren. Nach ihrem Aufstieg in Innsbruck am Montag früh mit dem Ballon Salzburg flogen sie zunächst im Juntal bis nach Schwaz, dann in einer Höhe von 2700 Metern über den Betschauer und landeten nachmittags im Gießenbacher Tal bei Scharnitz an der bayerischen Grenze.

Polizei gegen Polizei.

Eine Spielhölle wurde auf einem Petersburger Bahnhof aufgehoben. Die Spieler, vierzehn Mann, waren ausschließlich Polizeibeamte und Kaufleute. Alle leisteten bezweifelten Widerstand. Es mußte ein starkes Polizeiaufgebot beordert werden, um sie zu verhaften.

Falsche Münzen in Drangen.

In Paris wurden zwei bekannte Abenteurer verhaftet, welche vorgaben, hier zugunsten der Notleidenden von Sigismondo Weissmann Drangen zu verkaufen. Sie bezogen tatsächlich Drangen, aber aus Spanien. Diese waren ausgehöhlt und enthielten in Spanien abgeritzte falsche Münzen, die in Frankreich für mehrere tausend frank im Umlauf gebracht werden sollten. Infolge einer Denunziation wurde die letzte dieser Sendungen an der Grenze beschlagnahmt.

198000 Opfer der Erdbeben.

Seit die Zivilregister in der sizilianischen Erdbebengegend wieder errichtet worden sind, wurde es den italienischen Behörden ermöglicht, die Anzahl der lebenden und verstorbenen Personen genau festzustellen. Man kommt zu dem Schlusse, daß aus Messina, Reggio und den andern durch das Erdbeben zerstörten Städten und Dörfern 198000 Personen verstorben sind. Die Verlustziffer, die ursprünglich auf 200000 Opfer geschätzt wurde, war also keineswegs übertrieben hoch angenommen worden.

Der Ausbruch des Aetna.

Dem Mailänder „Secolo“ wird aus Catania gemeldet, daß der Aetna sich in voller Eruption befindet. Eine Rauchsäule von etwa 1000 Metern Höhe erhebt sich von dem Feuerberg. Lavaschlacken fließen zu Tal und bedrohen ernstlich die kleinen Dörfer der Gegend. Die Einwohner haben, sinnlos vor Schrecken, ihre Häuser verlassen und sind in die Stadt niedergezogen. Die Piniendörfer, die den südlichen Gang des Aetna bedecken, stehen in Flammen. Der Brand, den man von Catania aus beobachten kann, bietet ein schaurig-schönes Schauspiel. Ein Hitzegewitter ist von Catania nach den bedrohten Ortschaften abgegangen. Ein andres italienisches Blatt meldet dagegen, daß die Nachricht von dem Ausbruch des Aetna unbegründet sei.

Vereins-Kalender.

Arb.-Radfahrerbund Solidarität Magdeburg. Vereinsabend: Abt. Wilhelmshafen („Lilienpark“) Mittwoch; Abt. Vudau („Thalia“) Mittwoch; Abt. Sudenburg („Zerbster Bierhalle“) Donnerstag; Abt. Neue Neustadt („Weißer Hirsch“) Freitag; Abt. Alte Neustadt („Krone“) Mittwoch; Abt. Altstadt („Sachsenhof“) Freitag; Abt. Biederitz (Vokal d. Familienvereins) Mittwoch; Abt. Köthen (Herzmanns Lokal) Donnerstag; Bäder-Abt. („Sachsenhof“) Mittwoch. — Am Sonntag den 7. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr. Generalversammlung in der „Krone“. — Abteilung Alte Neustadt: Am Freitag den 29. Januar Versammlung in der „Krone“, Moldaustraße 43/45. 885

Neue Neustädter Arbeiter-Gesangverein. Am Mittwoch keine Abendsgäste. Donnerstag beide Abende. 878

Cracau-Vereine. Sozialdemokratischer Verein. Am Mittwoch den 27. d. M. abends 8 1/2 Uhr. Distrikterabend bei Schwente. 886

Cracau. Freie Turnerschaft Cracau. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde. Am Sonnabend den 30. Januar Versammlung im „Häufiger“, Köniagsvorner Straße 5. 881

Burg. Freie Sängerschaft. Mittwoch abend 8 1/2 Uhr Männerchor, Donnerstag abend 8 1/2 Uhr Männerchor. 879

Siegeleben. Kartelligung am Mittwoch den 27. d. M. bei Otto Schrader. 882

Briefkasten.

Barch. Wenn der eine Mitbewerber von seinem Mieter Wassergeld einzahlt, gebührt dem andern natürlich die Hälfte davon. — Biederitz. Die Nachricht ist zu alt. — Burg. Solche Hinweise können wir nicht aufnehmen. —

Wasserstände.

Table with water levels for various locations like Jungbunzlau, Straußfurt, Weizenfeld Untp., etc. Columns include location, date, and water level.

Hier ist von besonderer Interesse Hans Bishers Abicht, zu dem Tibet-Hochland vorzubringen, dem so gut wie unbekanntem Gebirgszug, der von Darfur einige 1100 Kilometer nordwestlich bis ins Herz der Sahara läuft. — Südamerika. Hier sind noch an 2 Millionen Quadratkilometer unerforscht. — Polargebiet. Von Leutnant Chadletons antarktischer Expedition erwartet man Nachrichten im März oder April. Dr. Charot hat eben sein Unternehmen auf der Grahamland-Seite des antarktischen Gebiets begonnen. Im antarktischen Gebiet ist Peary tätig, und neue Expeditionen nach dem Nordpol planen Kapitän Amundsen und A. G. Harrison. Kapitän Nansen will Spitzbergen und Koningwell das Gebiet vom Madenzie-Fluß bis Alaska erforschen.

Ein gerichtlich anerkanntes Gespenst. Gespenstergeschichten sind in England wieder einmal an der Tagesordnung, nur daß man dem, was Materialisten Aberglauben und Amentenmärchen nennen, jetzt ein wissenschaftliches Mäntelchen umhängt. Bei dieser Gelegenheit wird auch die Geschichte eines „gerichtszeitig“ anerkannten Geistes aufgeführt. Im Jahre 1688 belagerte eine Frau Booty einen Schiffskapitän Barnaby wegen Verleumdung ihres verstorbenen Gatten. Der Kapitän war mit mehreren Freunden auf der Insel Stromboli an Land gegangen, um Nachrichten zu schießen. Am Nachmittag sah er zwei Männer zu dem Vulkan der Insel laufen und in Rauch und Flammen verschwinden. Barnaby rief aus: „Gott schüze uns, der erste Läufer war der alte Booth, mein nächster Nachbar!“ Bei seiner Rückkehr nach England erzählte der Kapitän, daß Booty genau zu der Stunde gestorben sei, als er die beiden jellamen Männer auf Stromboli zum Vulkan laufen sah und stellte die Vermutung auf, es sei der Geist Bootys gewesen, der vom Teufel zum höllischen Feuer gebracht worden sei. Dafür begehrt Bootys Witwe eine Buße von 1000 Pfund. Bei der Verhandlung wurden Bootys zuletzt getragene Kleider auf den Tisch des Saales gelegt, und die Freunde Barnabys beschworen einmütig und ohne Zaudern, daß sie ganz genau, sogar in der eigentümlichen Form der Knöpfe, mit den Kleidern des Mannes auf Stromboli übereinstimmten. Auf den Richter machten die Aussagen solchen Eindruck, daß er die Klage der Witwe abwies und dadurch mittelbar zugab, daß der Teufel Booty zum Höllenschlund getrieben habe. Das „Daily Chronicle“, das diese Erzählung ausgegeben hat, bemerkt dazu, sie sei wahrscheinlich die einzige von einem Richter anerkannte Geistergeschichte. Darin irrt das Blatt leider, denn Hunderte und Tausende haben wegen gerichtlich beglaubigter Geistergeschichten den Scheiterhaufen befeigen müssen.

Flöhe und Erdbeben. Daß der Floh in der Literatur eine (im Verhältnis zu seinen Körpermaßen) große Rolle spielt, dürfte bekannt sein. Man braucht nur an Goethes: Es war einmal ein König, der hat' einen großen Floh... an Paul Verlaines: Flohbas und an Frank Wedekinds: Kind, jetzt nehmst du auf der Höhe der Kultur, das ist gewiß; du hast Wangen, Läufe, Flügel... zu erinnern. Neu dürfte sein, daß der Floh auch — in der Religionsgeschichte seinen Platz hat. So gilt z. B. den Kamtschadalen der Floh als ein heiliges Tier. In ihren Götterfagen spielt er eine hervorragende Rolle. Zwar versuchen auch die Leute aus Kamtschatka, sich dieser heiligen Tiere zu erwehren; wenn sie jedoch einem dieser Blutsauger den Garaus machen, so tun sie dies nur unter langen Gebeten und großen Zeremonien. Die Flöhe sollen nach der Sage der Bevölkerung die Erdbeben verursachen. Der Göttergott Tui führt nämlich mit einem Hundebälgen in der Unterwelt umher; hält der Hund inne, um sich eines ungebetenen Gastes durch Schütteln zu erwehren, so gerät die Erde in Bewegung, es gibt ein Erdbeben. Die Kamtschadalen glauben auch, daß die Flöhe das Heulen des Sturmes verursachen. Die Bindsbraut, die Göttin Mischakina, wird als ein häßliches, leidendes Weib geschildert, dem ein Kind auf dem Rücken angewachsen ist. Kommen dem kleinen Kinde die heiligen Tiere zu nahe, so bricht es in lautes Weinen aus. Aus der Stärke des Sturmes glauben die Kamtschadalen entnehmen zu können, ob das Kind wenig oder stark von den „heiligen Tieren“ geplagt wird.

Das Adjutantensperd. Im „General-Anzeiger für den Stadt- und Landkreis Mühlheim a. d. Ruhr“ vom 14. Januar findet sich folgendes Inserat: „Das Reitperd des früheren General-Adjutanten Er. Maj. des Kaisers Grafen Hülsen-Kästeler habe ich zum Schließen angekauft und gelangt das Pferd hiervon am Freitag den 16. d. Monats auf dem hiesigen Wochenmarkt zu Mühlheim-Ruhr zum Verkauf à Pfund 50 Fig.

Dreißig Pfennig für dieses Pferdesfleisch war entschieden zu billig.

Advertisement for 3 Hausfreunde (Dr. Henkels Waschmittel) with details on Persil, Dixin, and Bleichsoda products.

Advertisement for Herren-, Damen-, Kinder-Schirme (Umbrellas) and Goldschmiedebrücke 3/4.

Advertisement for Deutscher Metallarbeiter-Verband (German Metalworkers' Union) with details on membership and local branches.

Advertisement for Standesamt (Municipal Office) listing various names and dates.

Advertisement for Kriminalkommissar Karl Ebert, listing various names and dates.

Advertisement for Neustadt, 25. Januar, listing various names and dates.

Advertisement for Schönebeck, listing various names and dates.

Advertisement for Trauerhüte (Mourning Hats) and Bazar-Magdeburg.

Advertisement for Vogelzucht (Bird Raising) and Schönebeck-Gr.-Salze (Schönebeck Salts).

Advertisement for Dankfagung (Thanksgiving) and Wilhelm Ganzer.

Advertisement for Standesamt (Municipal Office) listing various names and dates.

Advertisement for Neustadt, 25. Januar, listing various names and dates.

Advertisement for Schönebeck, listing various names and dates.

Wie soll es mit der Arbeitslosigkeit im Streikfall werden, soll auch da gesucht werden? Wer von den Herren, die da für die Eingabe gestimmt haben, hat sich über diese und ähnliche Fragen wohl auch nur einen Augenblick Gedanken gemacht? Sie hätten es tun sollen, sie alle stehen der Praxis nahe. Man folge den Herren des Magistrats und den städtischen Oberbeamten nicht, die sich dem Wahne hingeben, als sei die Gewerkschaftsbewegung der Weg zum sozialen Frieden, weil ihre Führer persönlich angenehme, in der Unterhaltung oft sich recht verständig gebende Leute sind. Timeo Danaos et dona ferentes (zu deutsch: Fürchte die Danaer, auch wenn sie Geschenke bringen!) Es gehört zur Taktik der Gewerkschaft, diesen Eindruck recht verständig Leute hervorzurufen. Mißtrauen gegen gefühlsmäßige Reaktionen, Aufnahme der Vorschläge unserer Theoretiker als das was sie sind: trasse Theorien — dann bleiben unsere Stadtväter davor bewahrt, Klassenpolitik der Arbeiter zu treiben, statt einer Politik, die das Wohl der Allgemeinheit fest im Auge behält.

Klassenpolitik der Arbeiter, von den bürgerlichen Stadtvätern im Magdeburger Rathaus getrieben: wer vermag da ernst zu bleiben! Wie wenig der Schreiber der Zeilen in dem nationalliberalen Blatte von Sachkenntnis angekränkt ist, beweist sein Hinweis auf die Arbeitslosigkeit im Streikfall. Pathetisch fragt er, ob man sich darüber wohl auch nur einen Augenblick Gedanken gemacht habe. Er selbst scheint aber noch nie davon gehört zu haben, daß bei allen Erörterungen über Arbeitslosenunterstützung stets die durch Streiks und Ausperrungen hervorgerufene Arbeitslosigkeit von vornherein ausgeschieden worden ist! Das hätte er sogar im „Politischen Handbuch der nationalliberalen Partei“ lesen können.

Hätte er dort einmal nachgeschlagen nach der nationalliberalen Anschauung über das Problem der Arbeitslosenunterstützung, dann hätte er auch nicht die unglaublich lächerliche Behauptung aufgestellt, daß „die ganz allgemeine Forderung einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit nur eine einseitige Parteinahme für die organisierte Arbeiterchaft gegen die Arbeitgeber bedeute!“ An angeführten Orte heißt es nämlich u. a.: „Trotzdem ist eine Verärgerung der Arbeitslosenunterstützung, und zwar in Versicherungsform, außerordentlich erstrebenswert.“ Glaubst du Arbeiter der „Magdeburger Zeitung“ — er zeichnet seinen Artikel mit einem * — was uns vermuten läßt, daß der Verfasser Justizrat Stern ist, der schon in der Stadtverordneten-Sitzung gegen eine staatliche Arbeitslosenversicherung opponierte — daß die nationalliberale Partei, die ausgesprochene Partei des Arbeitgebertums, solche Auffassung dulden würde, wenn es sich dabei um eine „einseitige Parteinahme gegen die Arbeitgeber“ handelte? Aber abgesehen davon, die allereinfachste Ueberlegung hätte ihn das Mißtrauen seiner Anschauung erkennen lassen müssen, denn wie kann eine obligatorische Unterstüzung, an der alle, auch die nichtorganisierten, Arbeiter teilhaben, eine einseitige Parteinahme für die organisierte Arbeiterchaft sein?

In seiner Klassen Parole vor dem Zukunftsstaat in seinem Bestreben, den Arbeitgebern zu dienen, hat der „Arbeiter nur seine grandiose Unkenntnis aller Lebensverhältnisse vor Augen geföhrt. Das schlimmste ist nur, daß er ein typisches Beispiel ist, denn gerade die ungeheure Unkenntnis, die in bürgerlichen Kreisen über soziale Probleme herrscht, ist es, die nicht zuletzt die Schuld daran trägt, daß unsere Zeit an sozialen Fortschritten im Grunde genommen so arm ist. Mit einer souveränen Hand diese ertast hätte, was „über Fortschritt“ abgeleitet.

Junier aber wird dabei der rote Lappen geschwungen. Das hat sich stets noch als wirksam erwiesen und überhebt der Schwierigkeit, sich in eine Sache ernstlich zu betheiligen. Was braucht man Arbeiterfragen zu studieren! Die Arbeiter haben von vornherein das Recht vermerkt, Menschen zu sein. Alles, was den Arbeitern — dieser überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, ohne die keine Gesellschaft existieren kann! — dienen könnte, wird deshalb ohne nähere Prüfung prinzipiell abgelehnt. Das ist zwar sehr einfach, kann aber unter Umständen auch sehr blamabel sein, wie der * Artikel der „Magdeburger Zeitung“ beweist.

— Eine Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im „Sachsenhof“ statt. Neben dem Halbjahresbericht des Vorstandes und der Statutenänderung sollen auch noch andre Vereinsangelegenheiten ihre Erledigung finden. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert einen starken Besuch durch die Parteigenossen und -genossinnen. Das Mitgliedsbuch ist am Eingang der Versammlung vorzuzeigen.

— Berichtigung. In dem gestrigen Bericht über die Massenversammlung im „Zuifengpark“ hat der Druckfehlerbehold eine „polizeiliche Auflösung“ hinein eingeschmuggelt. Es soll natürlich „polizeiliche Absperrung“ heißen, denn zur Auflösung hatte selbst die Magdeburger Polizei nicht den geringsten Grund.

— Wegeverbesserung. Es besteht schon seit längerer Zeit die Absicht den kurzen sehr steilen Fuß- und Rodfahrweg an der Herrenkrughauser Eisenbahn und Kirchdamm zu erböhren und neu zu befestigen sowie auf derselben Strecke an Stelle der inzwischen bereits beseitigten Pappeln Lindenbäume anzupflanzen. Die Arbeiten, insoweit sie sich auf die Wegebefestigung und die Anpflanzung der Bäume beziehen, erfordert insgesamt 2.00 Mk., um deren Bewilligung der Magistrat die Stadtverordneten ersucht.

— Ein neues Vereinshaus. Das Vereinshaus, welches der Magdeburger Seglerverein im Zustimmung der städtischen Behörden auf seinem Bachtgelände im Rotenpark am linken Ufer der Alten Elbe seitzeitig aus Holzschwerk errichtet hatte, ist am 17. November 1908 durch Brandstiftung vollständig vernichtet worden. Um einer wiederholten Brandlegung vorzubeugen, beabsichtigt der Verein an derselben Stelle einen Neubau aus Stein zu errichten. Der Verein hat die Projektzeichnung beim Magistrat eingereicht und um Genehmigung ersucht.

— Warnung. Aus dem Arbeitersekretariat wird uns geschrieben: Die Abgabe eines Kindes an Kindes Statt gegen Zahlung hoher Summen wurde in bürgerlichen Zeitungen kürzlich inseriert. Auf Grund dieses Inserats meldeten sich zahlreiche Personen, welchen nun von der Firma Singe u. Moran, 71 Stadtwall Road, Stodwell, London SW, ein Schreiben mit stets gleichlautendem Inhalt zugeht, wonach die Abgabe des Kindes bei Zahlung von 8000 Mark in Aussicht gestellt wird. Das Kind soll von einer hervorragenden Schauspielerin stammen, die es gerade in der Gegend Magdeburgs unterzubringen wüßte. Die Bewerber werden ersucht, 5 Mark für Entlohnung einer Auskunft einzusenden, danach erfolge bestimmte Mitteilung. Die ganze Geschichte beruht auf Schwindel. Beweis dafür sind die zahlreichen gleichlautenden Schreiben an Leute, welche auf das Inserat hereinfielen. Wer seine 5 Mark in der Tasche behält, wird vor sicherem Schaden bewahrt bleiben. Vielleicht wird der Schwindel auch an andern Plätzen versucht, daher dürfte Nachdruck erwünscht sein.

— Zum Dienftbotenleib. Martha ist ehrlich, rühlig und anpfehlend; sie besitzt auch sonst viele gute Eigenschaften; namentlich versteht sie sich recht gut auf die Behandlung der Wäsche. Aber sie ist unzuverlässig, und trotz aller Mühe, welche sich meine Frau mit ihr gegeben hat, ist sie durchwegs unselbständig geblieben. Infolgedessen genügt Martha, so gern wir sie lieben, für unseren Haushalt nicht. Wir wünschen ihr eine Stelle, in der die Hausfrau den ganzen Tag um Martha sein kann. Einen solchen Posten wird sie gewiß gut ausfüllen.“ Dieses auf den ersten Blick gewiß wahrheitsgemäß erscheinende Zeugnis, welches wie der Verfasser desselben versichert, durchaus der Wahrheit entsprechen soll, schrieb Herr Günther Scholz, Handelschuldirektor in Magdeburg, seinem Dienstmädchen beim Abgang ins Dienstbuch. Um die Wahrheit recht treffend darzustellen, gebrauchte Herr Sch. noch einen Teil des Platzes, welchen der Vordruck im Dienstbuch schon für das nächste Zeugnis bestimmt hat. Das Zeugnis ist aber alles eher als wahrheitsgemäß. Es ist vielmehr geeignet, dem Dienstmädchen das Fortkommen außerordentlich zu erschweren. Zwei im selben Dienstbuch von andern „Herrschaften“ eingetragene Zeugnisse bestätigen den ersten Teil im Zeugnis des Herrn Sch. über die persönliche Eüchtigkeit des Mädchens. Hauptsächlich verbietet das wahrheitsgemäße Zeugnis des Herrn Sch. nicht die Augen derer, welche Einblick in das Dienstbuch nehmen müssen. Wir können nur wünschen, daß das Zeugnis das Fortkommen des Mädchens nicht hindern wird, denn schließlich ist diese Wahrheitsliebe doch außerordentlich durchsichtig.

— Oberbürgermeister Schneider a. D. in Def. Dem Kaiser-Friedrich-Museum hat Kommerzienrat Kerna aus von Professor Olbe (Weimar) gemaltens Widus unseres früheren Oberbürgermeisters geschenkt. Der Magistrat hat es mit Dank angenommen und bittet die Stadtverordneten, ein gleiches zu tun. Unsere Stadtväter werden wohl nicht genug sein, die Bitte zu erfüllen, wenn vielleicht auch mancher nur mit süß-lauer Miene. Eine reine Freude über das Geschenk werden in der Hauptsache wohl nur diejenigen unrer Mitbürger empfinden, die zu Herrn Schneider im Verhältnis der Schwippschwägerlichkeit oder, wie der Stifter des Bildes, in verwandtschaftlichen Beziehungen stehen. Im übrigen dürfte das Bild nur historisches Interesse erwecken.

— Eine Warnung für Stellenjuchende bildet eine am Freitag stattgefundene Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht. Der Kommandant Ernst Werner besitzt hier in der Scharnhochstraße das Hausbesitzvermittlungsbüro „Panja“ und vertreibt auch die Stellenvermittlung dienende Zeitung „Stellenbote“. In diesem Blatte können die Prinzipale die bei ihnen frei werdenden Stellen kostenlos annonciieren. Die Stellenjuchenden müssen aber für ein Jahresabonnement 4 Mark bezahlen und können, sich dann aus der Zeitung das etwa Passende aussuchen. Nun inserierte Werner aber auch in einer hiesigen Zeitung, daß die „Panja“ Vertretungen und Verkäufer der verschiedenen Branchen suchte. Wenn die Stellenjuchende dort erschienen, ermahnen sie insofern eine Entschädigung, als sie hörten, die hiesige Stelle sei nicht in der „Panja“ nicht. Sie sollen aber vor dem Angeklagten in den Klauen verlegt worden sein, es handle sich um einen Stellenvermittler. Der Angeklagte soll erklärt haben, sowie die Stellenjuchenden 4 Mark bezahlt hätten, würden sie Stellung erhalten. Wenn die Leute bezahlt hätten, erhielten sie eine Abonnementquittung des „Stellenboten“ und jeden Montag eine Nummer dieser kleinen Zeitung. Zu diesem Erbeben soll dem Angeklagten seine Ehefrau Beihilfe geleistet haben. Die Fragen haben fast sämtlich gegläut, die „Panja“ sei ein Stellenvermittlungsbüro und erklärte, sie würden niemals die 4 Mark bezahlen, wenn sie genug hätten, es handle sich lediglich um ein Jahresabonnement. Der Chemann Werner ist des fortgesetzten Betrugs und seine Ehefrau der Beihilfe dazu angeklagt. Werner wird auch beschuldigt, Stellenvermittlung ohne polizeiliche Erlaubnis und ohne die für Stellenvermittler gegebenen Bedingungen zu betreiben, Betrüben zu haben. Der „Stellenbote“ ist Eigentum des Angeklagten. Besonders wurden die Beschäftigten dadurch in den Klauen verlegt, daß es sich um ein Stellenvermittlungsbüro handle, daß im Fragebogen über ihre Personalien und ihre Fähigkeiten ausgefüllt wurde. Das Gericht erkannte wegen gemeinschaftlichen Betrugs gegen den Chemann auf 150 Mark Geldstrafe, gegen die Ehefrau auf 20 Mark Geldstrafe. Im übrigen wurde die Ehefrau freigesprochen.

— Seinen Verletzungen erliegen ist am Montag abend im Krankenhaus Altknabe der Schulknabe Franz Kamietz, dem am Montag mittag am Ratswegplatz von einem Straßenbahnwagen beide Beine abgefahren worden waren.

— Zum Fall Kamietz. Vor einigen Jahren ereigneten sich in Magdeburg mehrere Unglücksfälle bei der Straßenbahn, die der Direction derselben den Gedanken nahelegten, auf Schussvorrichtung an den Motorwagen zu fernen. Es handelte sich damals in erster Linie um eine Einrichtung, die am Vorderbrett der Wagen angebracht, vermindern sollte, daß Personen, die beim Ueberfahren der Wele von den Wagen ungeschützt wurden, unter die Räder gerieten. Es wurden Versuche mit Baumzweigen gemacht, Sandgrüfte, die die ganze Breite des Vorderbretts einnahmen und an denen sich die Ungeschützten festhalten sollten, wurden angebracht usw. Das Resultat der Versuche versand schließlich darin, daß unter den Vorderbrettern ein paar Bretter angebracht wurden, zu dem Zweck, Körper von Menschen oder sonstige auf den Schienen liegende Gegenstände fortzuschleichen, bis der Wagen, sobald es die mangelhaften Bremsvorrichtungen gestatten, zum Stehen gebracht sein würde. Die Frage ist nun: haben diese sogenannten Schutzbretter ihren Zweck erfüllt? Die Antwort kann nur lauten: „Nein!“ Diese Schutzbretter, die allerdings den Vorzug der Billigkeit haben, sind in diesen Fällen zu wahren Mordbrettern geworden. Statt die Körper vor sich herzuschieben, ziehen diese Bretter, deren Unterseite sich einige Zentimeter über dem Schienen befindet, den Körper eines Menschen, natürlich am leichtesten solche von Kindern, gerade erit unter den Wagen herunter. Würden diese äußerst primitiven Bretter nicht da sein, so würde — nach Meinung der Führer — manches Menschenleben gerettet werden können. Hierzu wäre aber nötig, daß auch die Bremsvorrichtungen eine Verbesserung erfahren müßten. Bei den erheblichen Ueberfällen, die die Straßenbahn ergibt, müßte es ein leichtes sein, nach dieser Richtung hin Meinungen einzuzufassen. Wenn diese Schutzbretter ihren Zweck nicht erfüllen, dann weg damit!

— Eingebrochen und ertrunken. Am Montag nachmittag brach der 10jährige Schulknabe Richard Wittich in der Nähe der Herrenkrugbrücke in der Alten Elbe ein und ertrank, obwohl mehrere Passanten versuchten, den Jungen zu retten. Die Leiche wurde am Montag abend noch aufgefunden und nach der Leichenhalle des Bestriedehofs gebracht.

— Festgenommen wurden, wie der Polizeibericht meldet, der Reisende Louis B. aus Gerath, der für verschiedene Kunden von seiner Firma, einer Zigarrenfabrik in Hamburg, Zigarren schicken ließ, die er in Empfang nahm und verkaufte, das Geld aber nicht an seinen Chef abliefern. Ferner erschwandete er sich aus einem hiesigen Schuhgeschäft ein Paar Damenstiefel und machte sich in mehreren Fällen des Logischwindels schuldig. Ferner wurden noch festgenommen der Arbeiter Hermann D., der Tischler Otto R. und der Kutscher Willi B. von hier, die mit dem bereits festgenommenen Arbeiter Rudolf B. vom Neustädter Bahnhof Eisen gestohlen haben.

— Diebstähle. Geoholen wurden hier dem Polizeibericht zufolge in der Zeit vom 22. bis 25. d. M. aus einer verhöhlenen Bodenkammer in der Fährtenwühlstraße ein graubraunes gebühtes Kleid mit gelbem Damastfing und ein lilafarbenes gebühtes teidenes Kleid mit mattgelbem Füllfing, am 25. d. M., nachmittags gegen 5 Uhr, vor dem Hauje Ebdorfer Straße 30 ein Fahrrad „Ladillos“ mit schwarzem Rahmen, schwarzem Felgen und nach oben gebogener Lenkstange.

— Von der Feuerwehre. Am Montag abend um 7 Uhr entfiand in einem Schlafzammer des Hauses Halberstädter Straße 42

— durch Kurzschluß ein Brand der elektrischen Lichtzuführung. — Dienstag vormittag um 9 Uhr entfiand in einer Schneidbreme des Hauses Bäckerstraße 15 ein Brand. Durch springende Feuer aus dem Ofen waren Garbinnen und dadurch Turbolen in Gefahr. In beiden Fällen wurde die Gefahr schnell beseitigt.

— Städtische Konzerte. Am Mittwoch den 3. Februar im „Sachsenhof“ das nächste Konzert des städtischen Orchesters Leitung des Musikdirektors Krug-Waldsee statt. Als Solist mit Violinkonzert Richard Heber aus Berlin (vorher Magdeburg) mitwirkte.

— Kunstverein. Die neue Ausstellung ist soeben eröffnet worden. Sie bringt im Oberlichtsaal eine Sonderausstellung von Hans Unger in Dresden, dem Maler des „Das Welken“, das sich im Besitz des Kaiser-Friedrich-Museums findet. Den zweiten Raum nehmen Arbeiten des Tiermalers Paul Neuenborn ein, der in München lebt und der dort Seffion angehört.

— Kunstgewerbeverein. Neu ausgestellt sind im Museumsgymnasium-Möbel von Th. Ende (nach Entwurf Paul Dohert, Porträt-Steinzeichnungen von Otto Müller einem Schüler der Kunstgewerbeschule), welche beweisen, daß das kerische Mittel des Steinbruchs besser wirkt als die beste Photographie und nicht etwa teuer, sondern billiger ist als solche; und eine mit Terrakotta-Reliefs der Firma Neß u. Ernie, durch Beispiel und Gegenbeispiel auf den Geschmack des Publiums erziehend gewirkt werden soll.

— Aus den Theaterbureau wird uns geschrieben: Sachsenhof-Theater. Am Mittwoch finden im Sachsenhof-Theater zwei große Vorstellungen statt, nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr. Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß in beiden Vorstellungen die Vorzugsstellen gelten und gratis in unserer Expedition zu finden. Es gelangt ein neues Programm zur Aufführung.

Wilhelm-Theater. Bei der am Sonnabend in 4 stattgehabenen Aufführung der neuen Wiener Operette „Bub und Mabel“ hatten einen besonders Erfolg folgende Nummern im Akt, das Bagobendrett gelungen von Fritz und Mary, im zweiten ein reizendes Walzerduett, ein Groteskmarisch, welcher dreimal geföhrt werden mußte, und das Mondlied, gesungen von Miß Gwendolin im dritten Akt das Geniehumor und ein Duett mit dem Komiker Zimmer nur der eine, immer nur der meine! Bei uns sind Hauptpartien beschäftigt die Damen: Baumgarten, Baquer und sowie die Herren: Meyers, Frenzel, Dr. Bergauer und Gebhardt bereits wieder für die Benefiz-Vorstellung am Freitag sehr viel verkauft sind, sei mitgeteilt, daß auch am Sonnabend und Sonntag Wiederholungen dieser Novität sind.

Balthasar-Theater. Es sei an dieser Stelle noch darauf hingewiesen, daß das Theater am Mittwoch geschlossen weil Herr Hofkapellmeister Waldow, der Dirigent der „Scherzo Polka“ nach Berlin abberufen wurde. Vor morgen an geht wieder abendlich „Scherzo Polka“ in Szene.

Magdeburger Ortskrankenkasse. Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf den 16. Januar

Mitgliederbestand am 23. Januar		Krankenbestand am 23. Januar	
männliche	5998 (5875)	männliche	300
weibliche	1263 (1261)	weibliche, ausschließl. d. Wöchner.	65
zusammen 7261 (7136)		zusammen 365	
männl.	76,1% (75,9%)	männl. des Mitgl.	5,1% (4,7%)
weibl.	23,9% (24,1%)	weibl. des Mitgl.	3,5% (3,2%)

Wöchnerinnen 20 (23) Mitglieder — Sterbefälle 2 (1) Mitglieder
Bezahlt Krankengeld am 23. Januar Mt. 3124,05 (3112,50)

Gerichtssaal. Landgericht Magdeburg. Sitzung vom 26. Januar 1909. Freigeworden. Der Kraftschleppführer Anton B. hier, geboren 1882, wurde vom Schöffengericht am 17. November wegen fahrlässiger Straßenbahnunfallverletzung zu 30 Monaten ev. 4 Tagen Gefängnis verurteilt. Er kam mit seiner Frau am 28. September in schlesischer Lager vom Trausberg und hier nach Magdeburg, um einen Motorwagen der Straßenbahn zu kaufen. Die Versicherungskammer stellte ein Verzeichnis der Angeklagten auf, das deshalb das Urteil auf und ipso facto angefallen frei.

Betrug. Der vorbestrafte Kriß Albert Wötcher, geboren ohne festen Wohnsitz, holtte am 25. Dezember v. J. aus dem Raum des hiesigen Hauptbahnhofs einen Kasten mit Kleidungs- und Wäsche ab, den, wie er erfahren hatte, der Kellner Kromer zurückgelassen hatte und quittierte unter der Angabe, er habe Ausbewehrungschein verloren, mit einem falschen Namen. Kromer erkannte wegen Rückfallbetrugs mit Urkundenfälschung 9 Monate Gefängnis.

Letzte Nachrichten. Ein Spionageprozeß. Wb. Leipzig, 26. Januar. Vor dem vereinigten zweiten dritten Strafamt des Reichsgerichts begann heute die Hauptverhandlung gegen den Kaufmann Joseph Herrmann aus Weß wegen Verdachts des Verrats militärischer Geheimnisse. Die Urteilsfrist ist für die ganze Dauer der Verhandlung ausgeschlossen.

Geheimnisräuerei im Reichstag. SpB. Berlin, 26. Januar. (Eigil. Drahtber. d. Volks.) In der Budgetkommission des Reichstags wurde die Debatte über auswärtige Politik des Reiches fortgesetzt. Die Geheimnisräuerei wurde so weit getrieben, daß weder über die Ausführungen des Staatssekretärs des Auswärtigen noch über die Anfragen der Abgeordneten irgendeine Mitteilung nach außen gemacht werden darf.

Sp. Madrid, 26. Januar. Das Blatt „Mundo“ erhält eine neue Berliner Information, wonin allen Dements zu Folge die Hauptangabe wiederholt wird, Deutschlands Verzicht auf eine aktive Politik in Marokko zugunsten Frankreichs eine abgemachte Sache.

Wb. Madrid, 26. Januar. Frankreich und Spanien unternehmen gegenwärtig Schritte bei den Signatarmächten der Algierer Akte, um ihre Zustimmung zur Verlängerung der Maßregeln zur Unterdrückung des Waffenhandels an den marokkanischen Küsten auf 3 Jahre zu erlangen.

Sp. Rom, 26. Januar. „Giornal d'Italia“ glaubt mitteilen zu können, daß die Regierung beabsichtigt, den Biederer zu am eritrit der Kammer zu vertagen. Der Kabinettschef hat hierüber gestern eine längere Unterredung mit dem Kammerpräsidenten. Die Regierung soll beabsichtigen, die Vertagung der Kammer vorzunehmen, um schließlich zur Auflösung zu schreiten; man beabsichtigt, anlässlich des Wiederzusammentritts des Hauses dieses zu irgendeinem Zeitpunkt gegen Desterreich sich hingewiesen lassen würde, die nicht mehr gutzumachen wäre. Bisher ist keinerlei diplomatische Note ausgetauscht worden.

Wettervorherjage. Mittwoch den 27. Januar: Bewölkung zunehmend, etwas gelinder

